

ALBANISCHE HEFTE

2/2006



Die albanische Minderheit und das Unabhängigkeitsreferendum in Montenegro

Im Gespräch

Erion Veliaj
Leiter der Bewegung „Mjaft“

Zeitläufe

Makedonische Wahlen:
tiefe Spaltung der Albaner,
erneute Wende rückwärts
bei den Makedoniern

35. Jahrgang - 2. Quartal - 3,50 €

ISSN 0930-1437

Stimmen zur Kampagne von Ministerpräsident Sali Berisha:

„Albanien - 1



“



„Das beste, das billigste!“

Unter dieser Überschrift schreibt Selim Belortaja in der Zeitung „24 orë“ am 18.08.2006 u.a.:

„[...] Aber tröstlich – wie wir schon sagten – ist die Tatsache, dass wir es bloß mit einem Spektakel zu tun haben. Es gibt nämlich nicht die Anzeichen dafür, dass es 1-Dollar oder 1-Euro-Verträge geben wird. Es wird – mit anderen Worten – keinerlei Diskriminierung von irgendwem zu Gunsten eines anderen geben, gleich ob letzterer ein „prestige-trächtiger“ ausländischer Investor ist, oder es sich um einfache Geschäfte weniger „prestige-trächtiger“ Emigranten handelt. Ein klarer Präzedenzfall dafür ist die Geschichte der „Freihandelszonen“. Im Kern mit der fraglichen Initiative identisch. Ein heißes Thema jener Zeit, welches vor einigen Monaten kalt neu auftischt worden ist. Diesmal hat es niemand angetastet..

In dem Eindruck, dass wir es bloß mit einem Spektakel zu tun haben, bestärkt uns die Tatsache, dass es eine vollkommen unklare Initiative ist, in ökonomischen wie juristischen Termini: Es ist wahr, dass dafür „die Ministerien arbeiten“, aber einige sind von grundlegender Bedeutung und sie müssten schon mit der Lancierung der Plattform erklären: Was bedeutet „1-Dollar-Vertrag“? oder gibt es für "1 Euro einen Quadratmeter"? Wessen Quadratmeter? Und "1 Euro Wasser und Strom"? Ist alles Wasser technologisch oder lediglich das O.K. für den Wasseran-

schluss? Und wer bezahlt dann den Absperrhahn?

Für Genehmigungen, Lizenzen, Verwaltungssiegel kann natürlich 1 Euro verlangt werden, oder auch gar nichts. Aber auch sie verursachen Kosten, so gering sie auch sein mögen. Wer trägt diese Kosten? Wir, d.h. unsere Steuern, die der Nicht-Geschäftsleute? [...]



„Und selbst der Preis von einem Euro ist nicht ausreichend“

Armand Shkullaku schreibt in der Zeitung „Tema“ vom 18.08.2006 u.a.:

„[...] Aber diese Initiative von Ministerpräsident Berisha, obgleich mit großem Getöse und dem bombastischen Slogan „Albanien, ein Euro“ verkündet, stellt nicht den Schlüssel zum Einwerben von ausländischen Investitionen dar. Sie kann positive Effekte für den Augenblick bewirken, kann die Aufmerksamkeit ausländischer Nachrichtenagenturen auf sich ziehen und als Folge vielleicht auch die eines bedeutenden Investors; sie wirkt sich ohne Zweifel auf die Verbesserung des Images eines Landes wie Albanien aus, indem sie die dessen Bemühungen belegt, das Land wieder aufzubauen, aber steht in der Gefahr hier stecken zu bleiben und garantiert keine prosperierende Zukunft. Das Anlocken von ausländischen Investitionen durch symbolische Preise, durch billige Arbeitskräfte, niedrige Steuern ist nur ein Element beim Werben um internationales Kapital. Für Länder wie Albanien sind dies nicht die Hauptsächlichen Hindernisse,

die das ausländische Business bei Investitionen zügel. [...]

Ein weiteres wichtiges und grundlegendes Element beim Einwerben von ausländischen Investitionen ist die Infrastruktur. Straßen, Energie, Wasser, Dienstleistungen, Telekommunikation usw. nehmen in den Berechnungen einen beträchtlichen Raum ein, die ein Investor durchführen würde, bevor er ein Business in einem fremden Land starten würde. Und in dieser Hinsicht weckt Albanien keinen großen Enthusiasmus. Diese beiden Elemente, Stabilität und Infrastruktur, sind die Hauptbedingungen, die das Anziehen und die Steigerung von ausländischen Investitionen garantieren."



„Albanien 1 Euro – der Ministerpräsident 1 Le!“

Rezear Kola schreibt am 19.08.2006 in der Zeitung "Shekulli" u.a.:

„[...] Priorität hatte für diese Regierung der Bau der Straße Morina – Durrës oder dergleichen. Unter diesem Gesichtspunkt stellt sich natürlich die Frage: Ist es möglich, dass eine Regierung, die den Fortschritt bei der Produktion nicht zu ihren Prioritäten zählt, ich betone, es gibt kein Programm im Haushalt, welches das Inlandskapital in dieser Hinsicht fördert, eine solche demagogische Initiative ergreift, die unmöglich zu verwirklichen ist; sie also ihren Bürgern sagt, dass „Albanien – 1 Euro“ die magische Formel sein wird, die das Land entwickeln wird, während wir untätig verharren, werden die anderen kommen, um uns zu entwickeln! Das ist mehr als grotesk. [...]"

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

haben Sie mal einen Euro? Sie alle kennen diese Frage, vielleicht aber nicht den Kontext, auf den ich hier anspiele. Ministerpräsident Berisha überraschte Mitte August – nicht nur – die albanische Öffentlichkeit mit der Feststellung, am müsse das Unmögliche denken, um Albanien attraktiver für ausländische Investoren zu machen, man müsse ihnen z.B. den Grund und Boden für ihre Investitionen für 1 Euro verkaufen...

Nun lohnt es aber nicht, dass Sie das Sparschwein Ihrer Kinder schlachten oder Ihr Konto plündern und schnell einmal hochrechnen, wie viel Albanien sie sich leisten können, und auch im nächsten 1-Euro-Laden um die Ecke wird das Land nicht – quasi portionsweise - in den Auslagen liegen.

In wieweit diese Initiative wirklich einen Sinn macht und ausländische Investoren ins Land bringt, die ohne die reißerische Parole „Albanien für 1 Euro“ den Weg ins Land nicht gefunden hätten, bleibt abzuwarten. In Albanien jedenfalls hat eine lebhaftige Debatte über Sinn und Unsinn einer solchen Kampagne begonnen, und nicht nur die politische Opposition lehnt die Initiative ab, auch albanische Unternehmer fühlen sich durch die geplante Bevorzugung ausländischer Investoren diskriminiert. Ein paar kurze Auszüge aus ersten Kommentaren sehen Sie ja auf der Seite 2..

Ob diese Idee, mit der Ministerpräsident Berisha persönlich, aber auch Mitglieder seines Kabinetts jetzt auf Promotiontour ins benachbarte Ausland gehen und eine Offensive gegenüber ausländischen Medien starten, viel mehr ist als ein „Werbegag“, darf durchaus bezweifelt werden, denn die eigentlichen Konditionen der Kampagne „Albanien - 1 Euro“ stehen sozusagen im Kleingedruckten, und wer das liest, wird die Bedingungen vermutlich längst nicht mehr so verlockend finden.

Grundvoraussetzung für seriöse Investoren dürften ohnehin andere Faktoren sein: eine intakte Infrastruktur, eine funktionierende Verwaltung und natürlich Rechtssicherheit, und wenn diese Bedingungen erfüllt sind, dann würden sich ausländische Investoren ihr Engagement in Albanien wahrscheinlich schon ein wenig mehr als 1 Euro kosten lassen.

Immerhin aber hat diese öffentliche Offerte Albanien schon jetzt in die internationalen Gazetten gebracht. Und das ist ja auch schon etwas wert.

Ihr
Bodo Gudjons
Chefredakteur

Chronik

- 04 Daten, Namen, Fakten: März - Juli 2006

Magazin

- 08 Nachrichten aus Albanien

Zeitläufe

- 10 **Die albanische Minderheit und das Unabhängigkeitsreferendum in Montenegro**



- 16 **Makedonische Wahlen: tiefe Spaltung der Albaner, erneute Wende rückwärts bei den Makedoniern**

Im Gespräch

- 20 Erion Veliq, Leiter der Bürgerbewegung „Mjaft“

Bücherreport

- 24 Friedrich: Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt
Latruwe/Kostic: La Division Skanderbeg

Blickpunkt

- 28 Natasha Lako: Günter Grass auf albanische Art

Aus der DAFG

- 29 Veranstaltungen in Hamburg, Dortmund, Berlin
Impressum
Kontaktadressen

Titel

Lagune von Patok
Foto: Jochen Blanken

Rückseite

Netzfischerei am Shkumbin, Foto: Jochen Blanken

■ März 2006

30. Rama gegen korrupte Politiker: Edi Rama, der PS-Vorsitzende und Bürgermeister von Tirana, wendet sich gegen unbegründete Angriffe der Regierung auf sozialistische Politiker, stellt aber zugleich klar, dass die PS keine Alibis für korrupte Politiker abgeben werde.

31. Strompreiserhöhung um 17 %: Die Energieversorgungsbehörde KESH schlägt den Aufsichtsgremien eine Strompreiserhöhung um 17 % ab dem 1.5.2006 vor.

■ April 2006

4. Muslime von Shkodra akzeptieren Mutter-Teresa-Büste: Die Myftinia von Shkodra stimmt der Errichtung einer Büste der Nonne Mutter Teresa in Shkodra zu und erklärt, frühere ablehnende Äußerungen seien nicht als ein Missverständnis gewesen.

4. EU zu Gefängnissen: Die EU veröffentlicht einen äußerst kritischen Bericht über die Situation in den Gefängnissen; Ministerpräsident Berisha sagt eine Veröffentlichung und Überprüfung der Kritik zu.

5. Ngjela isoliert: Ministerpräsident Berisha fordert die Ablösung des PD-Spitzenpolitikers Spartak Ngjela von allen Ämtern einschließlich des Vorsitzens des Parlamentsausschusses für Gesetzesangelegenheiten, nachdem ein Gespräch beider angeblich auf Veranlassung Nglelas abgehört wurde. Am 10. wird er als Ausschussvorsitzender abgelöst. Am 14.4. erklärt Berisha den Ausschluss Ngjelas aus der PD-Fraktion. Ngjela war 2003 Kandidat der PD für das Amt des Bürgermeisters von Tirana

14. Ceku droht Minderheitenminister mit Entlassung: Der neue kosovarische Ministerpräsident Agim Ceku wirft dem von der serbischen Minderheit gestellten Minderheitenminister Slavisa Petkovic schwere finanzi-

elle Unregelmäßigkeiten vor und fordert ihn auf, den Sachverhalt bis zum 1.5.2006 klarzustellen; dann werde über seinen Verbleib im Amt entschieden.

17. VATRA für Unabhängigkeit Montenegros: Der traditionsreichste Verband der Albaner in den USA, die VATRA, ruft die Albaner in Montenegro auf, am Referendum am 21. Mai teilzunehmen und für die Unabhängigkeit zu stimmen.

21. Linksallianz ohne LSI: Vier Mitte-Links-Parteien, die PS, die PSD, die PDS und die PAD, schließen ein Abkommen zur Zusammenarbeit bei den Kommunalwahlen im Herbst 2006 und bei der Wahl des neuen Präsidenten 2007; die LSI nimmt nicht teil und kündigt eine eigenständige Teilnahme an der Kommunalwahl an. Sie wirft der PS vor, realistische Forderungen nicht akzeptiert zu haben; sie hätte je ein Drittel der aussichtsreichen, der umstrittenen und der aussichtslosen Bürgermeisterkandidaten gefordert.

24. Anklage gegen serbische Polizisten: Die serbische Staatsanwaltschaft erhebt Klage gegen acht frühere Polizisten, die im März 1999 48 Albaner in Suhareka ermordet haben sollen.

26. Rama erhebt Verfassungsklage: Der Bürgermeister von Tirana, Edi Rama (PS), erhebt beim Verfassungsgericht Klage gegen einzelne Bestimmungen in den Gesetzen über Raumordnung und die Baupolizei, die seiner Ansicht nach in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen; er wendet sich damit gegen den von der Regierung verfügte Abriss der Unterführung im Stadtteil Zogu i Zi.

28. NATO berät Osterweiterung: Auf einer Konferenz der NATO-Außenminister in Sofia erörtert die NATO ihre Erweiterungsperspektiven, ohne einen möglichen Beitrittstermin für Albanien, Kroatien und Makedonien zu nennen.

■ Mai 2006

2. Untersuchungsausschuss gegen GStA: Mit 76 gegen 44 Stimmen

nimmt das Parlament den Antrag der PD an, einen Untersuchungsausschuss gegen Generalstaatsanwalt Teodor Sollaku wegen Amtsmissbrauch und Rechtsbeugung einzusetzen. Die Opposition hält dies für ein politisches Manöver zur politischen Kontrolle über die Justiz.

5. Barroso würdigt Kriminalitätsbekämpfung: Der Präsident der EU-Kommission, Jose Manuel Durao Barroso, würdigt die Erfolge Albaniens bei der Kriminalitätsbekämpfung; bei einer Großaktion der Polizei seien rund 100 organisierte Kriminelle festgenommen worden.

8. Hohe Haftstrafe für Mord bei Fußballspiel: Ein Grieche, der den albanischen Emigranten Gramoz Palushi bei Ausschreitungen auf Zakynthos nach dem Sieg Albaniens beim WM-Qualifikationsspiel gegen Griechenland getötet hatte, wird von einem Gericht in Patras zu 40 Jahren Haft verurteilt.

9. Briegel hört auf: Hans-Peter Briegel lehnt einen Folgevertrag mit dem Albanischen Fußballbund FSHF als Nationaltrainer ab, weil er damit verknüpfte Erfolgsbedingungen nicht akzeptiert. Er war seit Ende 2002 Nationaltrainer; zwar qualifizierte sich Albanien nicht für die Endrunden internationaler Wettbewerbe, doch gelangen spektakuläre Erfolge wie das 2:1 gegen den neuen Europameister Griechenland in der WM-Qualifikationsrunde. Briegel will künftig die Nationalmannschaft von Bahrain trainieren.

9. China protestiert gegen Aufnahme von Uiguren in Albanien: Das Außenministerium in Beijing protestiert gegen die Entscheidung der albanischen Regierung fünf von insgesamt 15 Uiguren mit chinesischer Staatsangehörigkeit aufzunehmen, die 2002 von den USA als angebliche Terroristen in Afghanistan aufgegriffen wurden und bis jetzt in Guantanamo eingekerkert waren. Wegen der religiösen und ethnischen Verfolgung der Uiguren in China wurden sie nicht in ihr Heimatland abgeschoben. China sagt eine Reihe geplanter gegenseitiger Besuche von Politikern und Wirtschaftspolitikern ab.

10. Anschlag auf Friedhof: Ein Kreuz auf einem alten Friedhof in Kokpapaj (Malësia e Madhe) wird durch einen Sprengstoffanschlag zerstört. Die Polizei ermittelt gegen einen Marokkaner und vermutet einen islamistischen Hintergrund.

10. Drogenbekämpfung soll verschärft werden: Die Regierung beschließt, eine Verschärfung des Betäubungsmittelgesetzes einzubringen; danach sollen Bürgermeister bis zu sieben Jahren Haft drohen, wenn sie den Cannabis-Anbau in ihren Dörfern nicht unterbinden und nicht anzeigen.

16. Devisenanzeigepflicht bei Einreise: Ab diesem Tag sind Reisende nach Albanien verpflichtet, mitgebrachte Bargeldbeträge ab 1 Million Lekë (ca. 8.200) anzumelden, um die Geldwäsche zu unterbinden.

17. Streit um Abitur-Sprache: Der Verband der griechischen Minderheit, die OMONIA, droht mit einem Boykott des Abiturs durch griechische Schule, wenn das Bildungsministerium darauf beharre, dass in allen Prüfungsfächern auf Albanisch geprüft werden müsse.

17. Gazidede wieder da: Der seit Jahren abgetauchte frühere Chef des Geheimdienstes SHIK (heute SHISH) während Berishas erster Herrschaft, Bashkim Gazidede, taucht wieder in der Öffentlichkeit auf; die Regierung ernennt den früheren Mathematiklehrer zum stellvertretenden Leiter des Amtes für Grund- und Bodenregistrierung.

18. Albanien scheitert im ESC-Halbfinale: Luiz Ejlli und sein Song „Zjarr e ftohtë“ scheitern im Halbfinale des Eurovision Song Contest in Athen. Unter den 23 Halbfinalisten werden nur 10 für das Finale am 20.5. nominiert, für das neben den „großen“ und finanziell wichtigen Ländern die zehn erfolgreichsten Teilnahmeländer des Vorjahreswettbewerbs gesetzt sind. Ejlli belegt Platz 14 mit 58 Punkten.

19. Annäherung PS-LSI: LSI-Chef Ilir Meta nimmt am Runden Tisch der Linksparteien teil; im Mittelpunkt steht die Neubesetzung der Zentralen Wahlkommission, aber

darüber hinaus eine mögliche Zusammenarbeit gegen die Regierung Berisha und bei der Kommunalwahl im Herbst 2006.

19. Anastas Kondo gestorben: Der 1937 in Vuno bei Himara geborene Erdölingenieur und Schriftsteller Anastas Kondo stirbt. Sein Roman „Zbulimi“ (1972), der den Zusammenbruch der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und Albanien zum Hintergrund hat, wurde in Tirana 1981 unter dem Titel „Zwischen zwei Feuern“ auf Deutsch herausgegeben. Er war zeitweilig Sekretär des Schriftstellerverbandes und stellvertretender Kulturminister.

21. Montenegrinische Unabhängigkeitsbefürworter siegen im Referendum: Bei einer hohen Wahlbeteiligung von 86,5 % sprechen sich 55,5 % der Montenegriner für die volle staatliche Unabhängigkeit und damit für ein Ausscheiden aus dem Staatenverband Serbien-Montenegro aus. In Ulcinj, dem Zentrum der albanischen Minderheit, stimmten 88,5 % der Wähler für die Unabhängigkeit. Aufgrund der von der EU durchgesetzten Kriterien waren eine Beteiligung von mindestens 50 % und eine Zustimmung von mindestens 55,0 % erforderlich. Die proserbische Opposition zweifelt das Ergebnis an. Der albanische Ministerpräsident Berisha gehört zu den ersten Gratulanten.

21. Parteitag der AAK: Auf dem 4. Parteitag der AAK wird Ramush Haradinaj als Parteichef bestätigt; sein bisheriger Stellvertreter, der frühere Regierungschef Bajram Kosumi, kandidiert erfolglos gegen ihn und wird auch als Stellvertreter abgewählt; seine Funktion übernimmt Generalsekretär Ahmet Isufi. Eine Abspaltung von Kosumis Anhängern wird nicht ausgeschlossen.

21. Vereinigung der Linksparteien?: Die Parteichefs von PS und PSD, Edi Rama und Skënder Gjinushi, sprechen sich öffentlich für eine Neuorganisation der verschiedenen Linksparteien aus und schließen eine Föderation oder Vereinigung der Parteien nicht aus. PDS-Chef Paskal Milo lehnt eine Vereinigung am 3.6.2006 ab.

25. UNMIK-Konvoi angegriffen: Ein Fahrzeugkonvoi der UNMIK, in dem zwei serbische Anwälte beim Haager Tribunal sitzen, die Kriegsverbrechen gegen Serben untersuchen wollen, wird bei Mala Krusha von Albanern mit Steinschlägen angegriffen; bei Auseinandersetzungen mit der Polizei gibt es mehrere Verletzte.

26. Kosovo lehnt Gazprom ab: Der staatliche russische Erdgaskonzern Gazprom wird auf Beschluss der kosovarischen Regierung nicht in den kosovarischen Energiemarkt einsteigen. Hinter dieser Entscheidung wird der Einfluss der USA, aber auch die Furcht vor einem indirekten Einfluss Serbiens gesehen.

29. Skandal um Exhumierungen: Bei dem orthodoxen Priester Ikonom V. Thomollari in Kutral werden 137 exhumierte Skelette gefunden. Es ist zunächst unklar, ob es sich um den illegal aufgelösten Friedhof des Dorfes Kosina oder um griechische Soldaten aus dem II. Weltkrieg handelt.

30. Steinmeier würdigt Albanien: Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) empfängt seinen albanischen Kollegen Besnik Mustafaj (PD) in Berlin. Er würdigt besonders den Kampf der Regierung gegen Korruption und organisierte Kriminalität.

30. Streit um Ehrung für Handke: Der Düsseldorfer Stadtrat hebt eine knappe Entscheidung der Jury auf, die den diesjährigen Heinrich-Heine-Preis an den Schriftsteller Peter Handke vergeben wollte. Handke ist heftig umstritten wegen seines Eintretens für Serbien und seine Solidarisierung mit Milosevic, für den er eine Grabrede gehalten hatte. Der Preis soll in diesem Jahr nicht vergeben werden.

30. Mehrere Priester suspendiert: Erzbischof Anastasios Janullatos enthebt fünf Priester wegen Amtsmissbrauches ihres Amtes. Mehrere hatten Geld für liturgische Handlungen verlangt, einer war in einem Zweitberuf zuständig. Janullatos steht wegen der Affäre um die exhumierten Gebeine von Kosina erneut unter Druck.

30. Lehrergehälter angehoben: Die Bezüge der Lehrer werden um

durchschnittlich 20 % angehoben; im Gegenzug entfällt das Weihnachtsgeld.

31. Kosovo-Verhandlungen ohne Fortschritt: Die sechste Runde der Kosovo-Gespräche in Wien bringt keinerlei Fortschritte. Auch in Sachfragen nähern sich die Parteien einander nicht an, da sie nicht ohne eine Klärung des Status gelöst werden können; das betrifft z.B. die Rechtsansprüche auf staatliche Vermögenswerte und Verbindlichkeiten.

■ Juni 2006

1. Deutsche Truppen bleiben in Kosovo: Der Bundestag verlängert die deutsche KFOR-Beteiligung mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Linkspartei um ein weiteres Jahr.

1. Minderheitenschutz in Kosovo: Unter Vorsitz von Ministerpräsident Agim Çeku wird ein Rat zum Schutz der ethnischen Gemeinschaften eingerichtet, dem Vertreter der UNMIK, der KFOR, der einheimischen und der internationalen Polizei sowie der TMK angehören.

1. Dorfbürgermeister festgenommen: Der Bürgermeister von Golem bei Kavaja, Demir Lika (PD), wird unter dem Vorwurf der Bestechlichkeit und des Amtsmissbrauchs festgenommen, wie sein Parteifreund, Innenminister Sokol Olldashi, mitteilt; auch ein früherer Beamter des Tourismusministeriums, Arben Golemi, wird verhaftet. Die Angeklagten bestreiten die Vorwürfe.

2. Sozialisten beschließen Satzungsänderungen: Der Parteivorstand der PS beschließt weitgehende Satzungsänderungen; sie erweitern die Wahlrechte der Mitglieder (Direktwahl des Vorsitzenden), erleichtern den Beitritt und führen eine 50 %ige Frauenquote ein. Es werden im erweiterten Leitungsgremium und auf dem bevorstehenden Parteitag Widerstände der Anhänger des früheren Parteichefs Nano erwartet.

3. Montenegro ist unabhängig – Jugoslawien endgültig aufgelöst:

Das Parlament von Montenegro bestätigt in Abwesenheit der proserbischen Opposition das Ergebnis des Referendums vom 21.5.2006 und proklamiert die Souveränität der Republik Montenegro. Damit endet die auf Druck der EU vor drei Jahren gebildete Staatengemeinschaft Serbien-Montenegro (nach EU-Außenkommissar Javier Solana als „Solania“ ironisiert), die die Nachfolge der Bundesrepublik Jugoslawien angetreten hatte.

3. Christdemokraten saugen Neue Demokraten auf – Ndoka neuer Vorsitzender: Auf dem Parteitag der Christdemokratischen Partei (PDK) wird Nard Ndoka mit 361 gegen 14 Stimmen zum Nachfolger von Nikollë Lesi gewählt, der am 21.5. zurückgetreten war. Ndoka war Fraktionsvorsitzender der Neuen Demokratenpartei (PDR). Er teilt mit, dass die PDK sich bereits auf sechs Abgeordnete (Nard Ndoka, Nikollë Lesi, Ndue Shpani, Frrok Gjini, Pashko Ujkaj und Jak Ndokaj) stützen könne; es könnten in Zukunft bis zu 10 werden. PDR und PDK bilden bereits bisher die gemeinsame Fraktion der Reformier und Christdemokraten. Die PDR ist mit ihrem Vorsitzenden, Bildungsminister Genc Pollo, in der Regierung vertreten; Lesi fordert eine Beteiligung der PDK am Kabinett. Pollo greift Ndoka und die anderen übergetretenen Abgeordneten seiner Partei scharf an. - Die PDK führt auch Verhandlungen mit der Agrar- und Umweltpartei (PAA), die im Vorjahr aus der Linkskoalition ins Regierungsbündnis Berishas übertrat.

3. Will Nano Präsident werden?: Der Vorsitzende des PS-Bezirksverbandes Tirana, Besnik Baraj, erklärt in einem Zeitungsinterview, Fatos Nano strebe keine Rückkehr an den Parteivorsitz an, sondern die Präsidentschaft.

3. Bewaffnete Schüler: Nach einer Untersuchung des Gesundheitsinstituts führen 6,9 % der männlichen und 0,9 % der weiblichen Gymnasiasten in Tirana in der Schule Waffen mit sich.

4. Hohe Haftstrafen für Hajdari-Mord: In letzter Instanz werden vorinstanzlichen Urteile gegen die Verantwortlichen für die Ermor-

dung von Azem Hajdari bestätigt: Jaho Mulosmani (Salihi) wird zu lebenslanger Haft verurteilt, Izet Haxhia (der kürzlich in der Türkei festgenommen wurde) in Abwesenheit zu 20 Jahren, sein Bruder Ismet zu 25 Jahren, ein weiterer Bruder, Isamedin, zu zwei Jahren. Ein Angeklagter wird freigesprochen. Die Ermordung des PD-Politikers im September 1998 hatte zu schweren Unruhen und dem Rücktritt der Regierung geführt.

7. del Ponte greift UNMIK an: Die Hauptanklägerin beim Haager Tribunal, Carla del Ponte, greift die UNMIK scharf an, weil sie die Arbeit des Tribunals nicht unterstütze. Insbesondere schütze sie verdächtige Albaner und gewähre Zeugen keinen ausreichenden Schutz. Sie rügt insbesondere auf Betreiben der UNMIK zustande gekommene Freilassung des früheren Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj (AAK), der jetzt alle Chancen habe, Zeugen mundtot zu machen. UNMIK-Chef Jessen Petersen weist die Angriffe klar zurück.

8. Lesi fordert Rücktritt des Präsidenten: Der christdemokratische Abgeordnete und Zeitungsverleger Nikollë Lesi fordert den Rücktritt von Präsident Moisiu, falls das Parlament das umstrittene Mediengesetz bestätigt, das Moisiu nicht unterzeichnet, sondern zur Neuberatung zurückverwiesen hatte.

10. Sozialistischer Parteitag: In Tirana hält die PS ihren 8. Parteitag mit zahlreichen internationalen Gästen ab; auch die Vorsitzenden der linken Parteien Albaniens, der kosovarischen PDK und des makedonien-albanischen BDI nehmen teil. Parteichef Edi Rama setzt bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen die Satzungsänderungen durch, die eine Demokratisierung der Partei bewirken sollen (s. 2.6.2006). Rama richtet scharfe Angriffe gegen Kriminalität und Korruption, was auch als Signal gegen die Anhänger seines Vorgängers Fatos Nano verstanden wird, die sich im Saal bemerkbar machen.

11. Berisha Ehrenbürger von Prishtina: Das Kommunalparlament von Prishtina erklärt Sali Berisha zum Ehrenbürger der kosovarischen Hauptstadt.

12. EU-Assoziierungsabkommen mit Albanien: In Luxemburg unterschreibt Ministerpräsident Berisha ein Assoziierungsabkommen mit der EU. Dies wird als Durchbruch bei den Integrationsbemühungen Albaniens verstanden, jedoch gibt es keinen Zeitplan für eine mögliche Vollmitgliedschaft.

12. UNMIK-Chef tritt zurück: Nach rund zweijähriger Amtszeit erklärt der dänische UNMIK-Chef Sören Jessen Petersen seinen Rücktritt zum Monatsende. Da die UN die Verwaltung von Kosovo ohnehin der EU übertragen will, gilt eine Neuubesetzung seines Postens als unwahrscheinlich.

19. Rundfunkgesetz bestätigt: Das Parlament weist mit der Regierungsmehrheit Einsprüche des Präsidenten gegen das neue Rundfunkgesetz zurück, das damit rechtsgültig wird.

22. Zwei Neffen Berishas aus Polizeidienst entfernt: Innenminister Sokol Olldashi (PD) entfernt zwei Polizeioffiziere wegen pflichtwidrigen Verhaltens aus dem Dienst. Die beiden Neffen von Ministerpräsident Berisha hatten bei einem Streit ihren Kontrahenten mit der Dienstwaffe bedroht.

22. Kullolli neuer PS-Chef in Tirana: Halil Kullolli wird vom Kreisparteitag der PS in Tirana zum Vorsitzenden des wichtigsten PS-Kreisverbandes gewählt.

24. Serben weisen Hilfe Albaniens zurück: Die serbischen Kirchenbehörden weisen die Hilfe albanischer Restaurateure bei der Wiederherstellung der Sveti-Nikola-Kirche in Fushë-Kosovë zurück, die auf eine Initiative von Ministerpräsident Berisha während eines Besuches in Kosovo in der Vorwoche zurückging. Albanien hatte eine Delegation unter Leitung der Kunsthistoriker Apollon Baçe und Edlira Çausi entsandt, die ihre gerade begonnen Arbeit wieder einstellen müssen.

27./28. Sejdiu in Albanien: Der kosovarische Präsident Fatmir Sejdiu reist zu einem ersten offiziellen Besuch nach Albanien, wo er u.a. mit Präsident Moisiu und Ministerpräsident Berisha zusammentrifft.

27. Otto Baric Nationaltrainer: Der Albanische Fußballverband

verpflichtet den 74jährigen Kroaten Otto Baric als Nachfolger von Hans-Peter Briegel; unter den Kandidaten war auch der Deutsche Pierre Littbarski. Baric war 1999-2001 Nationaltrainer von Österreich, 2003-04 von Kroatien.

28. Kostunica in Kosovo: Der serbische Ministerpräsident Vojislav Kostunica reist unter großen Sicherheitsvorkehrungen zu den Gedenkfeiern zum Vidovdan nach Kosovo, bei denen der Niederlage gegen die Türken auf dem Amselfeld 1389 gedacht wird. In Gracanica verspricht er serbischen Zuhörern, Kosovo werde serbisch bleiben.

■ Juli 2006

1. Janullatos will bleiben: Der orthodoxe Erzbischof Anastasios Janullatos lehnt den von nationalistischen Kreisen geforderten Rücktritt ab. Die Nationalisten fordern, dass die albanisch-orthodoxe Kirche von einem ethnischen Albaner geleitet wird und machen Janullatos für den Skandal um die Exhumierungen in Kutral (s. 29.5.2006) mitverantwortlich.

4. Parlament für Absetzung des Generalstaatsanwaltes: Die Regierungsmehrheit fordert nach Abschluss des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses die Amtsenthebung von Generalstaatsanwalt Teodor Sollaku, dem Rechtsbeugung und Behinderung der Justiz in zahlreichen Fällen angelastet werden. Die Opposition, die den Ausschuss boykottiert hat, spricht von einem Skandal und Einmischung der Regierung in die Justiz.

5. Regierungswechsel in Makedonien: Bei den Parlamentswahlen in Makedonien siegt das konservative Oppositionsbündnis „Für ein besseres Makedonien“ mit seinem Spitzenkandidaten, dem früheren Finanzminister Nikola Gruevski. Auf die beiden sich heftig bekämpfenden Albanerparteien BDI/PDP und PDSH entfallen 18 bzw. 11 der insgesamt 120 Mandate;

beide streben eine Beteiligung an der künftigen Regierung an.

5. Abriss der Straßenunterführung in Zogu i Zi: Am späten Abend beginnen Bagger mit dem Abriss der umstrittenen Unterführung im Tiranaer Stadtteil Zogu i Zi. Die Regierung hatte den Bau Ende 2005 für illegal erklärt, den Abriss aber nicht sofort umgesetzt. Bürgermeister Edi Rama erhebt bei der Staatsanwaltschaft Klage gegen die Regierung.

8. Pjetër Arbnori gestorben: In einem italienischen Krankenhaus stirbt der frühere Parlamentspräsident Pjetër Arbnori. Der am 18.1.1935 als Filip Toma in Durrës geborene Politiker geriet mehrfach in die Mühlen politischer Verfolgung; ein Todesurteil wegen des Versuchs, eine sozialdemokratische Untergrundgruppe zu gründen, wurde in mehrere Haftstrafen umgewandelt; er verbrachte ab 1961 28 Jahre in Burrel. Nach dem Ende des Kommunismus gehörte er zu den Mitbegründern der PD und wurde einer der wenigen politisch Verfolgten, die eine Spitzenposition einnahmen: 1992-1997 war er Parlamentspräsident. Außerdem veröffentlichte er zahlreiche Romane und Novellen.

12. Protestkundgebung der Linken: Erstmals seit ihrer Wahlniederlage führen die linken Oppositionsparteien eine Großkundgebung gegen die Regierung Berisha durch. Nach Angaben des PS-Vorsitzenden Edi Rama nehmen 50.000 Menschen teil. Ministerpräsident Berisha sieht darin nur das letzte Angebot der Opposition.

12. Montenegro wählt am 10. September: Präsident Filip Vučević setzt die Wahlen zum ersten montenegrinischen Parlament nach der Unabhängigkeit auf den 10. September an.

12. Tadic schließt Unabhängigkeit Kosovos nicht aus: Der serbische Präsident Boris Tadic spricht sich für Neuwahlen vor der Entscheidung über den Status Kosovos aus. Er spricht sich erneut gegen eine Unabhängigkeit Kosovos aus, sagt aber auch, er könne nicht garantieren, dass es nicht dazu komme.

Der Markt mit Bio-Produkten: Chancen für die albanische Landwirtschaft

Nach dem wirtschaftlichen Kollaps zu Beginn der 90er Jahre gelangten zunächst vorwiegend Importprodukte auf den albanischen Markt, schön anzusehen, aber oft ohne besonderen Geschmack.

Inzwischen aber hat die albanische Landwirtschaft ihre Position gefestigt und die albanischen VerbraucherInnen haben die landeseigenen Produkte wieder entdeckt und schätzen gelernt.

Der relativ geringe Einsatz von Chemikalien in der Vergangenheit erweist sich nun als Chance für eine biologisch orientierte Landwirtschaft. 1997 wurde die "Gesellschaft für biologische Landwirtschaft" gegründet, die sich darum bemüht, diese Anbauart zu verbreitern und Hilfestellung bei der Vermarktung von Bio-Produkten zu geben. Neben dem Export von Olivenöl und Heilpflanzen aus biologischem Anbau erobern sich die Bio-Produkte auch einen immer größeren Raum im Lande. Zumindest in Tirana sind solche Produkte an einigen Verkaufsstellen und in ausgewählten Supermärkten zu finden. Die „Gesellschaft für biologische Landwirtschaft“ hat sich zum Ziel gesetzt, über eine Zertifizierung landwirtschaftlicher Produkte nach international gültigen Standards diese im In- und Ausland auch besser zu vermarkten.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn man auf albanischen Märkten immer häufiger Obst, Gemüse oder auch Fleisch sehen kann, das mit dem Etikett „Landesprodukt“ versehen ist.

Zoo von Tirana: „Erwecken wir ihn wieder zum Leben, um ihn erleben zu können!“

Wie fast jede Hauptstadt der Welt hat auch Tirana einen Zoo. Er liegt malerisch in der Nähe des künstlichen Sees, doch seit Jahren befindet er sich in einem erbärmlichen Zustand: immer weniger Tiere teilen sich den lieblos gestalteten Raum. Kritiker bezeichnen den Zoo auch als „Tiergefängnis in grüner Umgebung“.

Unter dem Motto „Erwecken wir ihn wieder zum Leben, um ihn zu erleben!“ haben nun das Zentrum EDEN und die Stadtverwaltung eine Kampagne gestartet, die zum Ziel hat, den Tierpark von Tirana, der der einzige des Landes ist, nicht nur vor einer weiteren „Verödung“ zu retten, sondern mit neuem Leben zu erfüllen. Es geht nicht nur um die Rettung der verbliebenen Tiere, sondern auch darum, neue anzuschaffen, ihnen eine adäquate Bleibe zu schaffen, um den Zoo von Tirana wieder zu einem Ort der Erholung werden zu lassen, wo v.a. auch die Kinder mit Tieren in Kontakt kommen. Der Aspekt der Erziehung soll ein neues Element im Konzept des Tierparks sein.

Zur Verwirklichung dieses Vorhabens hat die Initiative alle Bürger aufgerufen, einen Beitrag zu dieser Wiederbelebung zu leisten.

MTV-Konzert „Exit 2006“ am Strand von Vlora



Großes Spektakel in Vlora: Zum ersten Mal ist der Musiksender MTV in Albanien an Land gegangen und hat im Rahmen des Kampfes gegen Menschenhandel in Zusammenarbeit mit der schwedischen Organisation SIDA (Swedish International Development Cooperation Agency) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ein Popkonzert am neuen Strand von Vlora veranstaltet, bei dem bekannte Pop-Gruppen aus dem Ausland, aber auch albanische Künstler auftraten. Rund 15.000 Jugendliche waren zu diesem Ereignis gekommen, der Andrang war derart groß, dass die Veranstaltung nach dem Auftritt der albanischen Künstler zwischenzeitlich unterbrochen werden musste, da ein Teil der ausländischen Künstler auf den verstopften Strassen zum neuen Strand im Verkehr stecken geblieben war.

Workshop von „albStudent“: Rückkehr nach Albanien – eine Herausforderung für alle, die im Ausland studieren



Obwohl exakte Zahlen nicht vorliegen, geht man in Albanien davon aus, dass gegenwärtig mehr als 20.000 junge Albanerinnen und Albaner im Ausland studieren. Mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen werden sie als ein wichtiger und Hoffnung gebender Faktor für die Belebung der albanischen Wirtschaft und Entwicklung der albanischen Zivilgesellschaft angesehen.

Bislang jedoch hat es keinen konsequenten Ansatz der albanischen Politik gegeben, den im Ausland Studierenden einen Anreiz für ihre Rückkehr zu geben, damit zumindest ein Teil von ihnen das Land in der Zukunft nicht nur durch private Geldüberweisungen an ihre Familien unterstützt. Und so geht momentan auch nur ein kleiner Teil nach dem Studium wieder nach Albanien zurück, um dort – und sei es nur für einige Jahre – zu leben und zu arbeiten.

Die albanische Studentenorganisation „albStudent“ hat bereits im vergangenen Jahr mit der Initiative „Praktika 2005“ damit begonnen, albanischen StudentInnen, die im Ausland studieren, die Möglichkeit zu eröffnen, während der Sommersemesterferien ein Praktikum in Institutionen oder Firmen des Heimatlandes zu machen.

Um diesen Ansatz weiter zu verbessern, hat „albStudent“, inzwischen auch von der Soros-Stiftung, Ende August einen Workshop mit StudentInnen, Vertretern von Studentenorganisationen sowie Repräsentanten staatlicher Einrichtungen und albanischer Firmen organisiert. Neben dem Erfahrungsaustausch und der Schaffung konkreter Kontakte wurden auch neue Ideen zur Ausarbeitung einer künftigen Strategie diskutiert, Anreize für die Rückkehr zu bieten.



Die albanische Minderheit und das Unabhängigkeitsreferendum in Montenegro

Am 21.05.2006 stimmten 55,5% der Wähler in Montenegro, das seit dem 04.02.2003 mit Serbien eine Staatengemeinschaft gebildet hatte, für die volle staatliche Unabhängigkeit der früheren jugoslawischen Teilrepublik und damit für ein Auscheiden aus dem erwähnten Staatenverband. Die Wahlbeteiligung betrug dabei 86,5 %, womit die vorab von der EU durchgesetzten Kriterien, wie eine Wahlbeteiligung von mindestens 50% und eine Zustimmung von 55%, wenn auch zum Teil recht knapp, erfüllt wurden. Besonders hoch fiel die Zustimmung u. a. in Ulqin/Ulcinj, dem Zentrum der albanischen Minderheit in Montenegro, aus, wo beachtliche 88,5% der Wähler für die Unabhängigkeit votierten.

Rechtliche Grundlage für den Urnengang war das Gesetz über das „Unabhängigkeitsreferendum“, das das montenegrinische Parlament in Podgorica am 01.03.2006 nach einer mehrstündigen Debatte gebilligt hatte. Gemäß den Bestimmungen

des erwähnten Gesetzes handelte es sich bei dem Unabhängigkeitsreferendum nicht um eine einfache Volksabstimmung bzw. ein Plebiszit, sondern um ein rechtlich recht komplexes juristisches Verfahren, in dem die politischen Parteien Montenegros zu Trägern bzw. zu so genannten Subjekten des Referendums erklärt wurden, allerdings ohne, dass deren jeweilige Namen auf den Stimmzetteln erscheinen (Wahlmöglichkeit lediglich zwischen „Ja“ und Nein“ auf die abgedruckte Frage, ob Montenegro ein unabhängiger Staat werden solle).

Gemäß den weiteren Bestimmungen des Gesetzes konnten sich die verschiedenen Parteien Montenegros zu politischen „Blöcken“ für die Unabhängigkeit („Souveränisten“) bzw. einen Verbleib Montenegros in der Staatengemeinschaft mit Serbien („Unionisten“) zusammenschließen. Nach „Paragraph 5“ des Gesetzes bekam jeder der beiden „Blöcke“ aus dem Staatshaushalt für die Finanzierung der eigenen Wahlkampagne

die Summe von einer Million Euro zur Verfügung gestellt.

(Die tatsächlichen Kosten für die Wahlkampagne der „Souveränisten“ soll sich auf über zehn Millionen Euro belaufen haben, wovon der Großteil von der regierenden „Demokratischen Partei der Sozialisten“, DPS, von Ministerpräsident Milo Djukanovi sowie weiteren Sponsoren aus dem Umfeld der DPS getragen wurde).

In der Folge schlossen sich bis Anfang April 2006 zwölf politische Parteien und Organisationen Montenegros unter der Federführung der DPS zum „Block für die Unabhängigkeit“ zusammen. Von Seiten der albanischen (Regional-) Parteien in Montenegro trat jedoch lediglich die „Demokratischen Union der Albaner“ (UDSH) formal dem „Block für die Unabhängigkeit“ bei (die UDSH ist lediglich mit einem Abgeordneten in Gestalt ihres Parteivorsitzenden Ferat Dinosha im montenegrinischen Parlament vertreten).

Exkurs: UDSH

Die UDSH entstand im November 1993 als erste Abspaltung der bis zu diesem Zeitpunkt einzigen albanischen Partei LDMZ („Demokratischen Liga Montenegros“) und zwar als Reaktion auf den ein Jahr zuvor abgehaltenen 2. Parteitag der LDMZ, auf dem Mehmet Bardhi unter etwas zweifelhaften Bedingungen satzungswidrig als Vorsitzender der LDMZ wieder gewählt worden war. Sitz der Partei ist Ulqin, wo die UDSH bei den letzten Kommunalwahlen am 15. Mai 2002 die LDMZ als bis dahin stärkste örtliche Partei auf den zweiten Platz verdrängen konnte. Die UDSH ist mit insgesamt elf Abgeordneten in zwei Kommunalparlamenten vertreten. Und zwar in Plav mit zwei und in Ulqin mit neun Abgeordneten. In dem 33 Sitze umfassenden Kommunalparlament von Ulqin stellt die UDSH damit die größte Fraktion. Bei den montenegrinischen Parlamentswahlen am 20. Oktober 2002 trat die UDSH nicht eigenständig an. Nach langen und mühsamen Verhandlungen hatten sich die Vorsitzenden der damals noch drei albanischen Parteien LDMZ, UDSH und PPD („Partei für demokratische Prosperität“) am 3. September 2002 auf eine gemeinsame Liste („Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“) geeinigt, wobei die ersten drei Listenplätze gemäß der Größe der Parteien besetzt wurden. Bei den Wahlen am 20. Oktober 2002 konnte die albanische Koalition jedoch entgegen den eigenen Erwartungen lediglich zwei Sitze erringen. Für einen dritten Sitz, der an die PPD gegangen wäre, fehlten etwa 400 Stimmen.

Das „Konstrukt“ der albanischen Listengemeinschaft („Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“) der drei im politischen Alltagsgeschäft völlig zerstrittenen ethnisch-albanischen Parteien LDMZ, UDSH und PPD führte in der Folge in der politischen Praxis zu einigen Absonderlichkeiten. Trotz der „Listengemeinschaft“ werden nämlich die Mitgliedsparteien der albanischen „Koalition“ im montenegrinischen Parlament – soweit vertreten – rechtlich (d. h. auch

bei der staatlichen Parteienfinanzierung) als jeweils eigenständige Subjekte behandelt. Im Fall der PPD führte dies zu dem eigentümlichen Status einer so genannten „indirekten parlamentarischen Partei“, die zwar nicht selbst mit einem Abgeordneten im Parlament vertreten ist, die sich jedoch als Teil der Listengemeinschaft „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“ zumindest indirekt im Parlament vertreten sieht.

Analog zu den Unabhängigkeitsbefürwortern schlossen sich unter der Regie der SNP („Sozialistische Volkspartei“) auch die Parteien, die einen Verbleib Montenegros bei Serbien favorisieren, zu einem „Block“ zusammen. Beide „Blöcke“ waren gemäß den Bestimmungen des Referendumsgesetzes – neben den Parteien – die eigentlichen „Subjekte“ des Referendums.

Die älteste der albanischen (Regional-) Parteien in Montenegro, die LDMZ von Mehmet Bardhi, schloss sich – im Gegensatz zur UDSH – dem „Block für die Unabhängigkeit“ dagegen nicht an, obwohl auch die LDMZ in der Vergangenheit die Forderung nach einer Unabhängigkeit Montenegros stets uneingeschränkt unterstützt hatte. So machte die LDMZ-Führung gegenüber der DPS und der montenegrinischen Regierung den Beitritt der Partei zum „Block für die Unabhängigkeit“ von der Erfüllung verschiedener politischer Forderungen abhängig, wie z.B. der Aufwertung der mehrheitlich von Albanern bewohnten Ortschaft Tuzi, die 1956 von Podgorica (damals Titograd) eingemeindet worden war, zu einer selbständigen Kommune oder die Einführung einer „territorialen Autonomie“ für die Albaner in Montenegro.

[Anfang Dezember 2005 hatte die Ortschaft Tuzi durch ein Gesetz, das vom montenegrinischen Parlament verabschiedet worden war, den bis dato unbekanntem Status einer Art „Sub-Kommune“ (offizielle Bezeichnung: „Urbane Kommune“) erhalten. Gemäß dem Gesetz bleibt Tuzi rechtlicher Bestandteil der Gemeinde Podgorica, erhält jedoch

einen eigenen Bürgermeister, ein eigenes Kommunalparlament usw., jedoch keinen eigenen Haushalt. Neben Tuzi erhielt auch die Ortschaft Golubovci den neuen Status einer „Urbanen Kommune“. Während die UDSH im Dezember 2005 das Gesetz befürwortete, versagte die LDMZ letzterem im Parlament die Zustimmung, da es deutlich hinter den Vorstellungen bzw. Forderungen von LDMZ-Chef Mehmet Bardhi zurückgeblieben war.]

Zuletzt hatte die LDMZ schließlich ihre zahlreichen politischen Forderungen in Richtung DPS und montenegrinischer Regierung – als Bedingung für einen Beitritt der LDMZ zum „Block für die Unabhängigkeit“ – auf die Lösung der Statusfrage der Ortschaft Tuzi im Sinne der LDMZ reduziert, welche jedoch unerfüllt blieb, da die montenegrinische Regierung in diesem Kontext auf das neue Gesetz von Dezember 2005 und der damit verbundenen „Statusaufwertung“ der Ortschaft Tuzi verwies, womit das „Problem Tuzi“ aus Sicht der DPS einer „endgültigen und zufrieden stellenden Lösung zugeführt“ worden sei.

Aufgrund der ablehnenden Haltung der montenegrinischen Regierung und der DPS gegenüber den zentralen politischen Forderungen der LDMZ sah sich letztere gemäß eigener Angaben nicht in der Lage, dem „Block für die Unabhängigkeit“ beizutreten. Stattdessen entschloss sich die LDMZ – neben den beiden „Blöcken“ für die Unabhängigkeit bzw. den Verbleib Montenegros in der Staatengemeinschaft mit Serbien – sich als drittes (sic!!) eigenständiges „Subjekt“ für das „Unabhängigkeitsreferendum“ bei der zentralen „Republikanischen Referendumskommission“ registrieren zu lassen; der besagte Antrag der LDMZ wurde schließlich mit Wirkung zum 20.04.2006 von der „Republikanischen Referendumskommission“ in Podgorica gebilligt.

Für die montenegrinischen Wahlberechtigten hatte dieser taktische Schachzug von LDMZ-Chef Mehmet Bardhi keine unmittelbaren

Auswirkungen, da auf den Stimzetteln ja nicht die nunmehr drei „Wahlsubjekte“ (die zwei „Blöcke“ für bzw. gegen die Unabhängigkeit nebst der LDMZ als drittes eigenständiges „Subjekt“) namentlich aufgeführt bzw. zur Abstimmung standen, sondern lediglich die Frage der Unabhängigkeit mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten war.

In finanzieller Hinsicht war der Schachzug der LDMZ jedoch von weitaus größerer Bedeutung. Paragraph 5 des Referendumsgesetzes vom 01.03.2006 sah nämlich folgenden Modus für die Finanzierung der Wahlkampagnen für das „Unabhängigkeitsreferendum“ bzw. der „Subjekte“ vor: von der einen Million Euro, die jeder der beiden „Blöcke“ zur Finanzierung der eigenen Kampagne aus dem Staatshaushalt erhielt, sollten jeweils 85% an die jeweils in den „Blöcken“ zusammengeschlossenen einzelnen parlamentarischen Parteien verteilt werden und zwar nach einem Schlüssel, wonach 25% der 85% gleichmäßig an alle parlamentarischen Parteien und die restlichen 75% der 85% proportional zur Zahl der Abgeordneten der Parteien im Parlament ausgeschüttet werden sollten („erster Topf“).

Von der Gesamtsumme, die jede einzelne Partei erhielt, musste diese wiederum 20% an einen gemeinen „Topf“ des jeweiligen „Blocks“ abführen, aus dem die gemeinsame Kampagne für „Ja“ oder „Nein“ der „Blöcke“ finanziert werden sollte. 15% der jeweils eine Million Euro staatlicher Wahlkampfhilfe erhielten schließlich nichtparlamentarische Parteien und politische Organisationen der beiden „Blöcke“ (so genannter „zweiter Topf“).

Durch die nachträgliche Registrierung der LDMZ am 20.04.2006 als drittes „Subjekt“ des „Unabhängigkeitsreferendums“ geriet die staatliche Finanzierung der „Subjekte“ jedoch etwas durcheinander. Als eigenständiges „Subjekt“ hatte die LDMZ nämlich Anspruch auf eigene Finanzmittel, die aller-

dings bereits vollständig an die beiden „Blöcke“ („Souveränisten“ und „Unionisten“) ausgegeben worden waren.

Da sich die LDMZ stets für die Unabhängigkeit Montegros eingesetzt hatte ohne allerdings nun formal dem „Block für die Unabhängigkeit“ unter der Federführung der DPS beigetreten zu sein, wurde seitens der „Republikanischen Referendumskommission“ folgende Vorgehensweise beschlossen: die LDMZ wurde finanztechnisch dem Lager der „Souveränisten“ zugeschlagen und zwar mit der Folge, dass der „Block für die Unabhängigkeit“ der LDMZ insgesamt 50.595,25 Euro für die separate bzw. parallele Wahlkampagne der LDMZ für ein „Ja“ von den zuvor selbst erhaltenen Finanzmitteln überweisen musste. Die 50.595,25 Euro berechneten sich dabei nach dem oben erläuterten Schlüssel, wobei paradoxerweise auch der LDMZ wieder 20% für die gemeinsame „Ja-Kampagne“ des „Souveränisten-Blocks“ abgezogen wurde, obwohl die LDMZ ja letzterem überhaupt nicht angehörte.

Neben der LDMZ erhielt auch die UDSH, hier als reguläres Mitglied des „Blocks für die Unabhängigkeit“, 50.595,25 Euro (gleiche Berechnungsgrundlage, da beide ethnisch-albanischen Parteien mit lediglich einem Abgeordneten im montenegrinischen Parlament vertreten sind). Unberücksichtigt blieb aus mehreren Gründen die PPD als Teil der bereits erwähnten „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“.

Gemäß den Vorstellungen der „Republikanischen Referendumskommission“ in Podgorica sollte die PPD als nichtparlamentarische Partei im Fall eines Beitritts zu einem der beiden „Blöcke“ Finanzmittel aus dem „zweiten Topf“ (15 Prozent der eine Million Euro; siehe oben) erhalten. Die Zuordnung der PPD in den „zweiten Topf“ stieß jedoch auf Ablehnung der PPD-Führung, die sich – wie bereits beschrieben – als Teil der „Vereinigten demokratischen Ko-

alition der Albaner“ und damit als „indirekte parlamentarische Partei“ versteht.

Die Finanzmittel, die die beiden Parlamentsabgeordneten der LDMZ und UDSH als parlamentarische Partei erhalten, wurden bislang innerhalb der „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“ stets im Verhältnis 35:35:30 Prozent zwischen LDMZ, UDSH und PPD aufgeteilt. Analog zu dieser bisherigen Praxis verlangte die PPD nun auch die Aufteilung der insgesamt 101.190,50 Euro, die die LDMZ und UDSH als Teil der „Souveränisten“ für die „Ja-Kampagne“ des „Blocks für die Unabhängigkeit“ (UDSH) bzw. die LDMZ als „drittes“ Subjekt mit der eigenen parallelen „Ja-Kampagne“ erhalten hatten. Dieses Ansinnen wurde jedoch von der UDSH und LDMZ abgelehnt, die darauf verwiesen, dass sich die PPD in diesem Einzelfall Anrecht auf eigene Finanzmittel aus dem „zweiten Topf“ habe, und daher eine Aufteilung der 101.190,50 Euro zwischen den drei albanischen Parteien nicht erforderlich sei.

In Konsequenz der Vorgänge erhielt die PPD überhaupt kein Geld, da die LDMZ und die UDSH eine Aufteilung ihrer erhaltenen Gelder koalitionsintern verweigerten und die PPD eine Einstufung ihrer Partei als „nichtparlamentarische Partei“ nebst Berücksichtigung durch den „zweiten Geldtopf“ (15 Prozent der eine Million Euro) ablehnte. Folglich beteiligte sich die PPD auch nicht an dem Referendum und zog sich in die „politische Schmollecke“ zurück.

Das neue montenegrinische Minderheitengesetz und die Position der albanischen (Regional-) Parteien

Gerade noch rechtzeitig vor dem „Unabhängigkeitsreferendum“ hatte die montenegrinische Regierung unter der Federführung der DPS – aus ihrer Sicht durchaus als eine

Art „Wahlgeschenk“ an die nationalen Minderheiten in Montenegro gedacht – das neue Minderheitengesetz in das Parlament eingebracht, das am 10.05.2006 mit den Stimmen der Regierungsparteien – und bei Stimmenthaltung der Opposition – gebilligt wurde.

Von Seiten der beiden Abgeordneten der albanischen Parteien, Mehmet Bardhi (LDMZ) und Ferat Dinosa (UDSH), stimmte am 10.05.2006 im Parlament in Podgorica jedoch nur letzterer dem neuen Minderheitengesetz zu, während Mehmet Bardhi – aus Protest gegen die Ablehnung seiner zahlreichen Änderungswünsche – kurz vor der besagten Abstimmung im Parlament den Plenarsaal verließ und daher an letzterer überhaupt nicht teilnahm.

Auch in der Frage der Bewertung des neuen Minderheitengesetzes zeigte sich damit die „Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“ (LDMZ, UDSH, PPD) einmal mehr völlig uneinig und stimmte in Gestalt ihrer beiden Abgeordneten Dinosa und Bardhi uneinheitlich bzw. überhaupt nicht ab. Die Tatsache, dass die beiden Parteichefs der UDSH und LDMZ und Abgeordnete der gemeinsamen ethnisch-albanischen Liste („Koalition“) in praktisch allen politischen Fragen unterschiedliche und gegensätzliche Positionen vertreten und beziehen, hatte bereits in der Vergangenheit unter politischen Beobachtern, in den Medien sowie nicht zuletzt auch bei der Opposition zu recht spöttischen Kommentaren und Reaktionen geführt bzw. zuletzt nur noch allgemeines Unverständnis und Kopfschütteln hervorgerufen.

Zuvor hatte die LDMZ am 06.05.2006, also vier Tage vor der entscheidenden Abstimmung über das neue Minderheitengesetz im Parlament, zwölf so genannte „Amendements“ (Änderungsvorschläge) verfasst, die jedoch am 10.05.2006 bei der Abstimmung im Parlament ausnahmslos abgelehnt wurden. Zu den Änderungswünschen zählte beispielsweise auch die Einführung einer „territorialen Autonomie“ für die Albaner in Montenegro.

Das neue montenegrinische Minder-

heitengesetz orientiert sich dagegen auffällig und inhaltlich weitgehend an der „Politischen Plattform“ der UDSH vom November 2000, in dem von einer „territorialen Autonomie“ (so genannter „Spezieller Status“) für die Albaner – vorher anerkannte Konsensforderung aller albanischer politischer Kräfte in Montenegro – plötzlich keine Rede mehr gewesen war. Nach Ansicht der LDMZ ist dieser Sachverhalt auch nicht weiter verwunderlich, da die UDSH in Gestalt von Gëzim Hajdinaga den montenegrinischen Minderheitenminister stellt und das entsprechende Ministerium auf Weisung der UDSH sich gegenüber den politischen Forderungen der beiden anderen größeren albanischen (Regional-) Parteien LDMZ und PPD weitgehend „taub gestellt“ habe, woran auch die zahlreichen „Runden-Tisch-Gespräche“ des Ministeriums zum neuen Minderheitengesetz unter Einschluss alle (großen) montenegrinischen Minderheitenparteien, also auch unter Einschluss der Bosniaken und Kroaten, nichts geändert habe.

Allerdings sind in dem neuen Minderheitengesetz nicht sämtliche Forderungen der „Politischen Plattform“ der UDSH berücksichtigt worden. So wird es beispielsweise kein „Zwei-Kammer-Parlament“ („Zweite Kammer“ als Organ der nationalen Minderheiten), wie in der „UDSH-Plattform“ verlangt, geben.

Wichtigste Elemente des neuen Minderheitengesetzes sind u. a. eine bestimmte Anzahl fest reservierter Sitze für die nationalen Minderheiten im montenegrinischen Parlament sowie die Wahl von so genannten „Nationalräten“ in Montenegro.

Gemäß den Bestimmungen des Minderheitengesetzes vom 10.05.2006 erhält beispielsweise die albanische Volksgruppe in Montenegro drei fest für sie reservierte Sitze im montenegrinischen Parlament, die den Albanern unabhängig von ihrer Wahlbeteiligung und den konkreten Wahlergebnissen der ethnisch-albanischen Parteien in jedem Fall zustehen. Im Unterschied zur aktuellen Praxis im Kosovo, wo beispielsweise der serbischen Minderheit bei den Parlamentswahlen

automatisch mindestens zehn Mandate im Parlament zustehen, wird in Montenegro die Sitzverteilung für die fest reservierten Mandate der nationalen Minderheitsparteien in einem getrennten bzw. parallelen Wahlgang sozusagen separat ermittelt.

Konkret bedeutet diese Bestimmung des Minderheitengesetzes, dass jene Wahlberechtigten, die einer der anerkannten nationalen Minderheiten in Montenegro angehören, bei den Parlamentswahlen künftig zwei verschiedene Stimmzettel ausfüllen können. Neben dem „allgemeinen Wahlzettel“ wird es für jede der nationalen Minderheiten noch jeweils einen eigenen weiteren Wahlzettel geben, mit dem über die Besetzung der – im Fall der albanischen Volksgruppe drei – fest reservierten Grundmandate entschieden wird.

Darüber hinaus können sich die nationalen Minderheitenparteien natürlich auch dem „freien Wettbewerb“ („allgemeine Wahl“) stellen und für die frei zu vergebenden Sitze im Parlament kandidieren. Hier werden allerdings die nationalen Minderheitenparteien wie alle anderen Parteien auch behandelt und erhalten keinen weiteren „Extrabonus“. Bei einem entsprechend guten Abschneiden der albanischen (Regional-) Parteien ist es also durchaus vorstellbar, dass die Albaner neben den fest reservierten drei Grundmandaten vermutlich noch einen weiteren Sitz bei der „allgemeinen Wahl“ proportional zu ihrem Wahlergebnis erhalten. Voraussetzung ist allerdings in diesem Fall eine „doppelte Kandidatur“ der nationalen Minderheitsparteien. Das heißt, letztere müssen sowohl bei der „allgemeinen Wahl“ als auch bei dem separat-parallelen Wahlgang für die nationalen Grundmandate ihrer Volksgruppe (Minderheit) kandidieren.

In der Praxis dürfte das Verfahren allerdings für gewisse Verwirrung sorgen. So kündigten nämlich die Vertreter der LDMZ, UDSH und PPD an, bei der (separaten) Wahl für die drei fest reservierten Sitze der albanischen Volksgruppe jeweils einzeln – und damit gegeneinander – kandidieren zu wollen während

bei der „allgemeinen Wahl“ – hier allein aus wahlmathematischen Gründen zwecks Sicherung einer ausreichenden Stimmenzahl – erneut eine gemeinsame albanische Liste („Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“) für die Parlamentswahl eingereicht werden soll.

Ein weiterer wichtiger Passus des neuen montenegrinischen Minderheitengesetzes ist die Bestimmung, wonach den politischen Vertretern der nationalen Minderheiten in Fragen und Entscheidungen, die letztere unmittelbar betreffen, im Parlament ein Vetorecht zustehen soll. Darüber hinaus soll – als weitere Vorgabe des Gesetzes – in allen staatlichen Einrichtungen, Behörden und nach geordneten Institutionen die Zahl der Beschäftigten aus den Reihen der nationalen Minderheiten schrittweise mindestens proportional zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung erhöht werden.

Am 11.07.2006 erklärte jedoch das montenegrinische Verfassungsgericht – auch für Beobachter überraschend – das neue Minderheitengesetz für verfassungswidrig und zwar mit der Begründung, dass Menschen- und Minderheitenrechte grundsätzlich nicht per Gesetz festgelegt werden könnten, da letztere lediglich „die Form und das Verfahren für die Umsetzung eben dieser Rechte regeln“.

Exkurs: Status- und Autonomiefrage

Von den anderen Gebieten Ex-Jugoslawiens mit albanischer Bevölkerung hebt sich Montenegro bekanntlich durch das fast vollständige Fehlen nationalistischer albanischer Parteien und Kräfte einschließlich bewaffneter Formationen wie der UÇK oder der UÇPMB im südserbischen „Presheva-Tal“ ab. Dementsprechend unterscheiden sich die aktuell inzwischen fünf ethnisch-albanischen Parteien auch nicht grundsätzlich in ihren Zielen oder Programmen. Sowohl die UDSH als auch die PPD sowie die am 26.08.2003 gegründete BDSHMZ („Demokratische Vereinigung der Albaner in Montenegro“) gingen aus Abspaltungen

der LDMZ hervor. Einzige Ausnahme ist die im vergangenen Herbst am 22.10.2005 etablierte „Neue demokratische Kraft“ (FRD), deren Initiatoren früher in der UDSH als Mitglieder beheimatet waren.

Es sei daher an dieser Stelle noch kurz erwähnt, dass der Grund für die Abspaltungen von der LDMZ weniger unterschiedliche politische Auffassungen als vielmehr die Person Mehmet Bardhi war, der als Gründer und bislang einziger und damit langjähriger Vorsitzender der LDMZ nach Meinung einiger seiner früheren politischen Weggefährten seine Macht und Position an der Spitze der LDMZ durch satzungswidriges Verhalten sichert.

Lediglich in der Frage der konkreten Ausgestaltung der Autonomie der Albaner in Montenegro lassen sich bis heute erhebliche Unterschiede in den Vorstellungen der ethnisch-albanischen Parteien in Montenegro feststellen. So favorisiert die LDMZ weiterhin das Modell eines „Speziellen Status“ (territoriale Autonomie) während die UDSH das Konzept der „Personellen Autonomie“ mit kollektiven und individuellen Minderheitsrechten befürwortet, welches letztendlich auch im neuen Minderheitengesetz seinen Niederschlag gefunden hat.

Die ersten Vorschläge zur Lösung der Statusfrage der Albaner reichen im Übrigen bis ins Jahr 1992 zurück. Das inzwischen nicht mehr existierende „Demokratische Forum“, eine Art albanischer Koordinierungsrat zwischen der damals noch einzigen albanischen Partei LDMZ und den albanischen Mitgliedern bzw. Funktionären der nichtalbanischen Parteien in der damaligen (rest-) jugoslawischen Teilrepublik, legte zu jener Zeit eine Plattform vor, in dem für die Albaner in Montenegro ein so genannter „Spezieller Status“ nach dem Vorbild der zum damaligen Zeitpunkt von internationaler Seite angestrebten Autonomie für die kroatischen Serben in der Krajina gefordert wurde. Die Plattform, in der explizit die Einrichtung einer „territorialen Autonomie“ verlangt wurde, war zunächst von allen al-

banischen Kräften in Montenegro unterstützt worden.

Im November 2000 verabschiedete die UDSH schließlich eine eigene Plattform, die sich von jener des „Demokratischen Forums“ von 1992 in wesentlichen Punkten unterscheidet. Von einem „Speziellen Status“ (territoriale Autonomie) ist in dem Dokument der UDSH nicht mehr die Rede. Stattdessen wird eine „Personelle Autonomie“ mit kollektiven und individuellen Minderheitsrechten, ein „Zwei-Kammer-Parlament“ sowie die Bildung von „albanischen Nationalräten“ in Montenegro verlangt.

Die von den ethnisch-albanischen Parteien in Montenegro in den vergangenen Jahren teilweise recht heftig geführte Diskussion über eine Autonomieregung war sodann im Sommer 2003 durch einen Vorschlag zur „Regionalisierung der albanischen Gebiete in Montenegro“ als drittes Modell ergänzt worden. Das Regionalisierungs-Konzept geht dabei auf den ursprünglich aus Montenegro stammenden Vorsitzenden der in Slowenien ansässigen Gesellschaft „Albanica“, Martin Berisha, zurück. Letzterer hatte sein Konzept, das u. a. die Schaffung von drei autonomen albanischen „Regionen“ und einer „Subregion“ in Montenegro vorsieht, erstmals im Juni 2003 in Washington auf einer von dem „National Albanian American Council“ (NAAC) durchgeführten Konferenz zur „Lösung der Statusfrage der Albaner in Montenegro“ vorgestellt.

In der Folge hatten sich der NAAC sowie die etwas radikalere „Albanian American Civic League“ (AACL) unter dem Vorsitz von Joseph J. DiGuardi die Regionalisierungsidee zueigen gemacht, wodurch die beiden albanischen Verbände in den USA bewusst in eine Gegenposition zur LDMZ und UDSH gerieten. In diesem Zusammenhang sei kurz darauf hingewiesen, dass beide genannten albanische Organisationen in den USA von Albanern aus Montenegro dominiert werden, wodurch sich auch das besondere Interesse des NAAC und der AACL an den Vorgängen in Montenegro erklärt.

Im März 2004 veröffentlichte schließlich auch die PPD eine eigene „Politische Plattform“ für die Lösung der Status- und Autonomiefrage der Albaner in Montenegro, wobei die PPD als einzige der albanischen Parteien Teile des Konzepts der „Regionalisierung der albanischen Gebiete in Montenegro“ übernahm. Insgesamt orientiert sich die Plattform der PPD mit seinen Forderungen an dem „Abkommen von Ohrid“ (Makedonien); so wird beispielsweise die Erwähnung der albanischen Volksgruppe als weitere Titularnation in der Präambel der montenegrinischen Verfassung verlangt.

Keine weiteren Regierungsgämter

Gänzlich unberücksichtigt blieb – auch im Zusammenhang mit dem „Unabhängigkeitsreferendum“ – bis dato die Forderung der Albaner in Montenegro nach weiteren Regierungsgämtern. So hatte sich seit dem Jahr 2002 die Zahl der albanischen Regierungsmitglieder in der montenegrinischen Regierung aus verschiedenen Gründen drastisch verringert. So verstarb der stellvertretende Bildungsminister Ibrahim Ceka (LDMZ) bereits 2002, ohne das sein Posten wiederbesetzt wurde. Vor über drei Jahren trat sodann Nikola Camaj (LDMZ) im Februar 2003 als stellvertretender „Sekretär für Information“ im Rang eines stellvertretenden Ministers von seinem Amt zurück. Und wenig später verlor schließlich Esad Dragovoja (UDSH) seinen Posten als stellvertretender Minister für Tourismus, da die von ihm geleitete Abteilung im erwähnten Ministerium einer kompletten Neuorganisation des Ressorts zum Opfer fiel.

Bei den Koalitionsverhandlungen der gemeinsamen Listenverbindung der damals drei albanischen Parteien (= „Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“) mit der DPS nach den letzten montenegrinischen Parlamentswahlen vom 20.10.2002 war den Albanern in einem Vertrag schriftlich lediglich ein einziger Ministerposten (Minderheitenministerium) zugestanden worden. Parallel dazu hatte es lediglich mündliche

Abreden mit der DPS gegeben, wonach die Albaner mehrere stellvertretende Minister stellen sollten. Diese mündlichen Absprachen waren damals jedoch nicht schriftlich fixiert worden, so dass die entsprechenden mündlichen Zusagen der DPS an die ethnisch-albanischen Parteien in der Folge auch nicht „einklagbar“ waren.

Bereits vor über zwei Jahren hatte die „Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“ von der DPS die Ernennung von sieben Vizeministern für unterschiedliche Ressorts aus den Reihen der albanischen Volksgruppe in Montenegro gefordert. Koalitionsintern konnten sich die LDMZ, UDSH und PPD jedoch in der Folge nicht abschließend und verbindlich auf eine Aufteilung der sieben Vizeminister untereinander einigen. So forderte die DPS die „Vereinigte demokratische Koalition der Albaner“ inzwischen zweimal schriftlich – das letzte Mal im September 2005 – auf, geeignete Kandidaten aus ihren Reihen nebst Nachweise der verlangten Qualifikationen einzureichen.

In diesem Zusammenhang beschuldigte die LDMZ intern vor allem die UDSH und namentlich den UDSH-Vorsitzenden Ferat Dinosa, die Liste mit den LDMZ-Vizeministerkandidaten unterschlagen bzw. letztere nicht an die DPS weitergeleitet zu haben. Zudem unterstellten LDMZ und PPD der UDSH, in letzter Konsequenz an gar keinen weiteren Regierungsposten interessiert zu sein, da letztere mit der Leitung des Minderheitenministeriums bereits über ausreichende politische Einflussmöglichkeiten verfügen und daher nun alles daran setze, die LDMZ und PPD (Koalitionspartner!) aus der montenegrinischen Regierung fernzuhalten.

Von dem nach wie vor desolaten Erscheinungsbild und der Glaubwürdigkeitskrise der ethnisch-albanischen (Regional-) Parteien in Montenegro wird bei den nächsten Kommunalwahlen, die nach derzeitigem Stand parallel zu den angekündigten Parlamentswahlen am 10.09.2006 stattfinden sollen, wahrscheinlich (erneut) die DPS profitieren, der von nicht wenigen

lokalen Beobachter vor Ort sogar die Chance eingeräumt wird, die ethnisch-albanischen Parteien zu überwinden und damit erstmals in Ulqin den Bürgermeister zu stellen.

Als aussichtsreichster parteiinterner Kandidat der DPS für den Bürgermeisterposten in Ulqin gilt derzeit Loro Nreki; derzeit Direktor der Vertriebsabteilung des Energieunternehmens JEP in Ulqin. Bei den letzten montenegrinischen Parlamentswahlen am 20.10.2002 hatte die DPS etwa 7.500 albanische Wählerstimmen erhalten – davon etwa 3.500 aus Ulqin und 4.000 in Tuzi nebst Malësia, Plav und Gusinje – was der „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“ (LDMZ, UDSH und PPD) bekanntlich den dritten und sicher geglaubten Sitz im Parlament (400 fehlende Stimmen), der an die PPD gegangen wäre, gekostet hatte.

An der Gesamtanzahl der albanischen Abgeordneten im montenegrinischen Parlament hat sich zwischenzeitlich nichts geändert; allerdings gab es inzwischen zwei personelle Änderungen. Neben den beiden Parlamentariern der „Vereinigten demokratischen Koalition der Albaner“ aus LDMZ, UDSH und PPD, Mehmet Bardhi (LDMZ) und Ferat Dinosa (UDSH), sind bekanntlich auch die beiden DPS-Abgeordneten Luidi Shkrelja (Ulqin) und Halil Dukoviq (Tuzi) albanischer Nationalität. Mit Rexhep Taganoviq, der als DPS-Nachrücker kürzlich in das Parlament einzog, hat sich die Zahl der albanischen DPS-Abgeordneten auf nunmehr immerhin drei erhöht.

Ausgeschieden aus dem montenegrinischen Parlament ist dagegen Xhemal Mustafa Peroviq, der zeitweilig als (albanischer) Fraktionsvorsitzender der (multiethnischen) „Liberalen Allianz“ (LS) fungierte und der im Zuge der Parteispaltung der LS im Dezember 2004 – und des sich daran anschließenden Konflikts um die Rechtsnachfolge der LS – sein Abgeordnetenmandat unter etwas fragwürdigen Umständen verlor.

Stephan Lipsius

Makedonische Wahlen



Tiefe Spaltung der Albaner, erneute Wende rückwärts bei den Makedoniern

Kurz nach dem historischen Sieg der Unabhängigkeitsbewerber in Montenegro am 21.5.2006 wurde am 5.7.2006 die makedonische Sobjranje etwas vorzeitig neu gewählt.

Die Wahlen 2002

Die letzten Wahlen am 15.9.2002 hatten einen erneuten Machtwechsel gebracht. Das Bündnis „Kopf hoch“ aus der konservativen VMRO-DPMNE (Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der Makedonischen Nationalen Einheit) unter Ministerpräsident

Ljubco Georgievski und der rechtsliberalen Liberalen Partei (LP) von Stojan Andov fiel auf 24,4 % zurück. Auf albanischer Seite büsste die Demokratische Partei der Albaner (PDSH) unter Arbën Xhaferi mit nur noch 5,2 % ihre Spitzenposition ein.

Wahlsieger wurde das Bündnis „Gemeinsam für Makedonien“ aus dem Sozialdemokratischen Bund Makedoniens (SDSM) und einer Vielzahl kleiner makedonischer und Minderheitenparteien mit 40,5 %. Der SDSM-Vorsitzende Branko Crvenkovski holte sich das 1998 verlorene Amt des Ministerpräsidenten zurück und

koalierte dazu mit der neuen Kraft der Albaner, der Union für Demokratische Integration (BDI) unter Ali Ahmeti, dem früheren Chef der makedonischen UÇK (Nationale Befreiungsarmee), auf die 11,9 % entfielen.

Das Wahlsystem

Das Wahlsystem ist ein Verhältniswahlrecht; das Land ist in sechs Zonen mit jeweils ca. 200.000 Wahlberechtigten eingeteilt; in diesen werden die für die jeweilige Partei abgegebenen Stimmen gezählt und anhand des d'Hondt'schen Höchstzahlverfahrens die jeweils 20

Sitze verteilt. Eine Sperrklausel gibt es nicht, doch benötigt eine Partei deutlich über 3 % in einem der Bezirke, um ein Mandat zu erhalten. Stichwahlen, die in anderen Ländern wie Albanien den Wahlkampf in die Länge ziehen, gibt es nicht.

Das albanische Siedlungsgebiet umfasst den nordwestlichen Bezirk 6 (Tetovo) sowie Teile des zentralen Bezirks 1 (Kisela Voda), des nördlichen Bezirks 2 (Kumanovo) und des südwestlichen Bezirks 5 (Bitola); durch die Hauptstadt Skopje läuft die Grenze zwischen den Bezirken 1 und 2. Im nordöstlichen Bezirk 3 (Stip) leben wenige, im südöstlichen Bezirk 4 (Strumica) fast keine Albaner.

Dieses Wahlsystem zwingt die albanischen Parteien nicht zur Bildung mehrheitsfähiger Wahlkoalitionen, wohl aber für die zahlreichen kleinen Parteien. Das makedonische Parteiensystem ist unverändert ethnisiert. Abgesehen davon, dass muslimische Wähler häufig albanische Parteien wählen, organisieren sich auch kleine Minderheiten in einer, häufig in mehreren Parteien. Für diese ist es angesichts der ethnischen Struktur des Landes aussichtslos, die nötigen Stimmen für ein Mandat zusammen zu kratzen.

Verschiebungen in der politischen Struktur

Branko Crvenkovski wurde 2004 zum Staatspräsidenten gewählt, nachdem Amtsinhaber Boris Trajkovski (VMRO-DPMNE) bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen war. Der neue Ministerpräsident Hari Kostov gab bereits nach einem halben Jahr auf und wurde durch Vlado Buckovski ersetzt, der jetzt als Spitzenkandidat des SDSM antrat.

An der Grundkonstante der makedonischen Parteipolitik hat sich nichts geändert: es ist strikt ethnisch sortiert. Albaner wählen keine makedonischen Parteien, geschweige, dass sie dort Mitglied würden – anders als in Montenegro. Für die Makedonier gilt dasselbe. Lediglich die kleinen Minderheiten bilden schwanken zwischen der Bildung ethnischer Kleinparteien, die sich meist einem der Wahlbündnisse anschließen, und der Unterstützung eines der großen Blöcke.

Im konservativen Lager legte der abgewählte Ministerpräsident Ljubco Georgievski im Mai 2003 den Vorsitz der VMRO-DPMNE nieder, den der gemäßigte frühere Finanzminister Nikola Gruevski übernahm. Georgievski und seine Anhänger gründeten eine weitere VMRO-Abspaltung, die VMRO-NP (VMRO-Volkspartei).

Dasselbe geschah auch bei den Sozialdemokraten, deren rechter Flügel um Tito Petkovski sich als Neue Sozialdemokratische Partei vom SDSM trennte. Petkovski hatte 1999 mit einem betont nationalistischen Kurs die Präsidentschaftswahlen gegen Trajkovski verloren, weil er die Albaner gegen sich aufbrachte, die Trajkovski unterstützten.

Gruevski gelang es, die Vorbehalte gegen seine Partei abzubauen und den Bruch mit Georgievski zu nutzen. Er zog mit einem breiten Wahlbündnis „Für ein besseres Makedonien“ in den Wahlkampf, dem folgende Parteien angehörten:

- ▶ die VMRO-DPMNE,
- ▶ die Liberale Partei,
- ▶ die Sozialistische Partei Makedoniens,
- ▶ die Demokratische Union für die Bewegung der Türken,
- ▶ die Union der Roma,
- ▶ die Partei der Demokratischen Aktion (= Bosnier),
- ▶ die Partei der Vlachen (Aromunen),
- ▶ die Europäische Partei,
- ▶ die Grüne Partei,
- ▶ die Makedonische Volksbewegung,
- ▶ die Demokratische Partei der Bosnier,
- ▶ die Partei der Demokratischen Kräfte der Roma und
- ▶ die Partei für die Integration der Roma.

Wahlkampf

Die Teilnahme der Sozialistischen Partei an diesem Mitte-Rechts-Bündnis macht den Hauptkonflikt deutlich, da die Sozialisten traditionell die Hauptbefürworter einer engen Anlehnung an Serbien waren. Bisher wurde noch jede ma-

kedonische Regierung abgewählt, da sie an der Armut des kleinen Balkanlandes, an Massenarbeitslosigkeit und Korruption nichts Entscheidendes zu ändern vermochte. Auch die Orientierung auf EU- und NATO-Beitritt ist zwischen den großen Lagern nicht strittig, wobei Makedonien nur graduell bessere Chancen auf einen mittelfristigen Beitritt als Albanien hat.

Jedoch hat das Verhältnis zwischen der makedonischen Mehrheit und der albanischen Minderheit von ca. 25 %, das im Ohrider Abkommen unter internationalem Druck neu geregelt wurde, die Bevölkerung auf beiden Seiten tief gespalten. Viele Makedonier sehen darin das Bestreben, den erst vor 15 Jahren entstandenen Staat zu spalten; sie gehen von einer großalbanischen Strategie aus, die die albanisch besiedelten Teile Makedoniens mit Kosovo und Albanien zusammenführen wolle und dabei den Segen des Westens habe. Besonders die Aktivitäten militanter Albaner, die das Ohrid-Abkommen als Verrat am Kampf der UÇK ansahen und als Albanische Nationalarmee (AKSH) firmierten (s. AH 1/2002), waren Wasser auf die Mühlen makedonischer Ängste und Vorurteile.

Umgekehrt gehen vielen Albanern die Fortschritte, die in Ohrid ausgehandelt wurden, nicht weit genug; ihre persönliche Lebenssituation hat sich nicht verbessert. Die makedonische UÇK hat sich schnell in eine politische Partei – den BDI – verwandelt, die ebenso schnell wie vorher PPD und PDSH vom „Dr. Jekyll und Mr. Hyde“-Syndrom ergriffen wurden: maximalistisch in der Opposition, konstruktiv in der Regierung – und umgekehrt. Beteiligung an der Macht bedeutet die Möglichkeit, Ressourcen zu verteilen: Geld und Stellen; wer nicht regiert bzw. nicht mit der jeweils regierenden Partei verbunden ist, muss Nachteile fürchten.

Während noch 1998 die beiden großen albanischen Parteien PPD und PDSH mit einem Wahlabkommen die maximale Repräsentanz der albanischen Wählerschaft in der Sobranje sicherten, war diesmal das Verhältnis zwischen BDI und PDSH deshalb völlig zerrüttet. Die sehr schwach gewordene PPD suchte ihr Heil im

Bündnis mit dem BDI. Der Wahlkampf zwischen den beiden großen albanischen Listen (mehrere kleine wie die Demokratische Nationale Partei (PDK) blieben ohne Bedeutung) wurde mit großer Erbitterung und schweren Gewaltakten geführt und machte international Schlagzeilen. Der kosovarische Ministerpräsident Agim Çeku rief die Albaner Makedoniens auf, zur Gewaltlosigkeit zurückzukehren, weil dieses Medienecho Auswirkungen auf die Statusverhandlungen für Kosovo haben könnten.

Ergebnis

Schon die ersten Hochrechnungen machten den Machtwechsel klar. Ministerpräsident Buckovski erkannte seine Niederlage früh an und gratulierte dem Sieger Nikola Gruevski. Auf albanischer Seite riefen sich zunächst beide großen Parteien zum Sieger aus, doch wurde schnell deutlich, dass die Verschiebungen vom BDI zur PDSH gering ausfielen.

Von den insgesamt 33 eingereichten Parteilisten und Wahlbündnissen zogen nur sechs in Fraktionsstärke in die Sobranje ein:

- die VMRO-DPMNE-geführte Koalition „Für ein besseres Makedonien“ (44 Sitze),
- das SDSM-geführte Bündnis „Gemeinsam für Makedonien“ (32 Sitze),
- das Wahlbündnis aus BDI und PPD (18 Sitze),
- die PDSH (11 Sitze),
- die VMRO-NP (7 Sitze) und
- die NSDP (6 Sitze);
- je ein Mandat entfiel auf die Partei „Demokratische Erneuerung Makedoniens“ (DOM) und die Partei der Europäischen Zukunft (PEI).

Die Beteiligung lag landesweit bei nur 55,8 % bei erheblichen regionalen Unterschieden. Die Albaner haben sich besonders stark zurückgezogen; im weitgehend albanischen Bezirk 6 beteiligten sich nur 47,1 %, im Bezirk 4, in dem die albanischen Parteien mangels Zielgruppe gar nicht präsent sind, 63,6 %. Dadurch haben die albanischen Parteien addiert erneut nur ca. 20 % der Stimmen auf sich vereinigt statt

der 25 %, die erreichbar wären. Allerdings sind zusammen 29 Mandate ein neuer Höchststand; darunter befinden sich sieben Frauen (von insgesamt 33 Frauen im neuen Parlament). Das Klima zwischen beiden albanischen Parteien ist so vergiftet, dass schon über die Einschaltung eines Schlichters aus Albanien spekuliert wurde, wofür sich der sozialistische Ex-Ministerpräsident Fatos Nano angeboten haben soll.

Die internationalen Wahlbeobachter haben sich insgesamt zufrieden über den Wahlverlauf geäußert, allerdings sehr kritisch auf den Wahlkampf besonders unter den Albanern hingewiesen.

Koalition Gruevski-Xhaferi-Petkovski oder Gruevski-Ahmeti?

Es ist traditionell selbstverständlich, dass der Wahlsieger auf makedonischer Seite eine albanische Partei ins Boot holt. Einer Regierung gegen die Albaner dürfte kein langes Leben beschieden sein; dafür würde der Druck von innen wie von außen sehr schnell sorgen.

Beide albanische Parteien erklärten sich grundsätzlich bereit, mit „Für ein besseres Makedonien“ zu koalieren, und erhoben den Anspruch auf Regierungsverantwortung.

Dabei hat quantitativ der BDI die besseren Karten, weil eine solche Koalition 62 Mandate und damit eine knappe absolute Mehrheit hätte. Andererseits hatte Gruevski in

der Vergangenheit Ali Ahmeti vorgeworfen, der politische Gefangene der früheren UÇK-Kommandeure zu sein. Strategisch spricht die die VMRO-DPMNE einiges dafür, auch auf albanischer Seite einen Machtwechsel herbeizuführen und die zwischen 1998 und 2002 bestehende Koalition mit der PDSH wieder aufleben zu lassen. Als Mehrheitsbeschaffer kommen die NSDP von Tito Petkovski und die Ein-Mann-Fraktion von der DOM in Frage. Ein Bündnis mit der VMRO-NP schied von vornherein aus, weil die beiden Abspaltungen der großen Parteien bisher ein Zusammengehen mit ihren Herkunftsparteien abgelehnt hatten.

Die VMRO-DPMNE trat mit allen Seiten in Verhandlungen ein. Wie üblich, standen dabei Personalfragen statt Inhalten im Mittelpunkt. Da der BDI in der Regierung Buckovski mit sechs Ministern vertreten war, wäre er besonders „teuer“, weil er sich nicht wesentlich verschlechtern kann, ohne unglaubwürdig zu werden.

Sollte Arben Xhaferis PDSH den Zuschlag erhalten, würde sie ihre schrille Rhetorik über eine Teilung Makedoniens ebenso zu den Akten legen, wie sie in der Koalition mit Georgievski zwischen 1998 und 2002 zunächst einiges für die Verbesserung der politischen Situation der Albaner in der jungen Balkanrepublik herausgeholt hatte. Andererseits bestünde das Risiko, dass der BDI sich wieder radikalisiert, wenn seine Basis von den Fleischtöpfen der Macht ausgesperrt würde. (Bei Redaktionsschluss war die Regierungsbildung noch nicht abgeschlossen.)



Wahlergebnisse 1998 bis 2006



Partei	1998	1998	2002	2002	2006	2006
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze
SDSM	25,2	27	„Gemeinsam für Maked.“ 40,5	60	23,3	32
NSDP (Neue Sozialdemokratische Partei)	-	-	-	-	6,1	6
Sozialistische Partei	4,7	1	2,1	1	s. VMRO	
VMRO-DPMNE	28,1	49	„Kopf hoch“ 24,4	33	„Besseres Makedon.“ 32,5	44
VMRO-NP	-	-	-	-	6,1	7
DA	10,7	13	1,4	0		
LP	LDP 7,0	4	s. VMRO		s. VMRO	
PPD	19,3	14	2,3	2	s. BDI	
PDSH	s. PPD	11	5,2	7	7,5	11
BDI	-	-	11,9	16	12,2	18
PDK	-	-	2,1	1	0,5	0
Roma-Partei		1	0,2	0		
DOM	-	-	-	-	1,9	1
PEI	-	-	-	-	1,2	1
insgesamt		120		120		120

Regionalisierte Ergebnisse der wichtigsten Parteien in Prozent (in Klammern die Anteile von 2002)

Partei	Bezirk 1	Bezirk 2	Bezirk 3	Bezirk 4	Bezirk 5	Bezirk 6
„Gemeinsam“	22,4 (47,7)	19,9 (40,3)	27,8 (45,7)	32,2 (48,9)	24,4 (41,6)	9,7 (16,0)
Koalition VMRO u.a.	31,2 (18,3)	27,0 (18,0)	41,7 (34,0)	44,7 (37,7)	36,2 (30,4)	7,9 (6,0)
BDI-PPD	11,2 (12,2)	13,0 (15,2)	1,6 (1,0)	-- (--)	9,3 (11,5)	44,0 (49,3)
PDSH	8,2 (5,2)	8,5 (5,5)	0,4 (0,6)	-- (--)	5,4 (4,4)	26,0 (16,8)
VMRO-NP	4,8 (--)	6,3 (--)	9,1 (--)	6,5 (--)	7,2 (--)	2,0 (--)
NSDP	8,1(--)	7,6 (--)	7,3 (--)	4,3 (--)	6,0 (--)	

Für 2002 werden die addierten Ergebnisse von BDI und PPD angegeben, die damals getrennt antraten.

Quelle: Homepage der Staatlichen Wahlkommission DIK (www.dik.mk)

Michael Schmidt-Neke

Fotos (S. 16: Wählerabgabe in Skopje / S. 18: Wahlbeobachter im Gespräch mit Wahlhelfern) : OSZE/Urdur Gunnarsdottir



„Wir ermutigen, aber zwingen auch weiterhin die Machthaber dazu, sich vor einer Beschlussfassung anzuhören, was die einfachen Bürger dieses Landes dazu denken und glauben.“

.....

Gespräch mit Erion Veliaj Leiter der Bürgerbewegung „Mjaft“

AH: In Hamburg, Herr Veliaj, sagten Sie, dass **Mjaft** nunmehr seit drei Jahren existiert. Zunächst Glückwunsch zu all Ihren Aktivitäten.

In Ihren Ausführungen haben sie u.a. eine gewisse Indifferenz der Bürger gegenüber politischen Problemen bzw. Skandalen erwähnt, oft fügen sich Albaner selbst in schlechte Situationen mit dem Argument: „Da lässt sich nichts machen.“ Können Sie nach drei Jahren eine Veränderung in der Haltung der Bürger feststellen bezüglich einer Bereitschaft zur Einmischung oder Eigenverantwortung?

Erion Veliaj: Sicherlich stellen wir eine Veränderung in dieser Hinsicht fest, wir sehen in vielen Augenblicken die Auswirkungen unserer dreijährigen Arbeit. Wir können

völlig zu Recht auf den Beitrag, den wir zur Bildung dieser Kultur in Albanien geleistet haben, stolz sein. Das heißt aber nicht, dass der Kampf darum schon beendet ist. Wir glauben, dass Demokratie ein immer dauernder Prozess ist. Die Bürger müssen in jedem Augenblick zur Teilnahm an diesem Prozess eingeladen werden, damit sie an der Beschlussfassung beteiligt sind. Dieser Prozess würde stark beeinträchtigt, wenn die Bürger kein Teil der Beschlussfassung wären, ein äußerst reales Risiko in Albanien.

AH: Albanien und die Mehrheit der Albaner fordern die möglichst rasche Aufnahme des albanischen Staates in die Europäische Gemeinschaft. Sie haben dargelegt, dass die meisten Menschen die freie Erteilung von

Visa als das größte Problem ansehen. Was sind aus Sicht von **Mjaft** die zentralen Probleme, die eine schnelle Aufnahme in die EU behindern? Hat **Mjaft** eine Politik für die Annäherung Albanien an die Europäische Gemeinschaft?

Erion Veliaj: Die Bewegung **Mjaft** sieht die Annäherung Albanien an die EU nicht als Selbstzweck, sondern als Methode zur Entwicklung und Beteiligung an den Werten, die heute die Grundlage der europäischen Kultur bilden. Wir haben daran geglaubt und gearbeitet, dass Albanien seine Zukunft aufbauen würde, indem es sich auf die Grundsätze der Europäischen Gemeinschaft stützt: eine starke Demokratie aufzubauen, für eine stabile Wirtschaft zu arbeiten und die Menschenrechte auf jeder Ebene zu achten. Nach dem Errei-





chen dieser Grundsätze (- dies und nichts anderes muss das Ziel sein -) würde dann die Annäherung und die volle Integration Albanien in die Europäische Gemeinschaft eine vollkommen normale Folge sein und ein Prozess, so glaube ich, den jedes Mitglied der Europäischen Gemeinschaft akzeptieren würde. Aber glauben Sie mir, dies ist eine Schlacht, die alle intellektuellen und menschlichen Energien und jede natürliche Quelle benötigt, die sich genau auf diese Absicht konzentrieren. Jede mögliche Abweichung wäre ein großes Risiko und eine verlorene Chance für unser Land. Das wäre dann vor allem eine große Ungerechtigkeit, denn Albanien befindet sich mitten in Europa, wenn nicht gar in der Mitte, am Ufer desselben Meeres, an dem die Menschheit eine große Zivilisation entwickelt hat, nämlich die europäische.

AH: Ein oft erwähntes und beunruhigendes Problem ist die Korruption in Albanien, die in der ganzen Gesellschaft von oben bis ganz unten sehr verbreitet ist. Die Regierung Berisha hat erklärt, dass der Kampf gegen die Korruption die Hauptaufgabe dieser Regierung sein würde. Wie beurteilen sie den bisherigen Kampf der Regierung, hat sich die Situation geändert und was ist nach Ihrer Meinung in Zukunft notwendig?

Erion Veliaj: Zu unserem Bedauern müssen wir feststellen, dass die Korruption existiert hat und fortexistiert und unglücklicherweise wird sie, wie überall und zu jeder Zeit, in unterschiedlichen Formen

auch weiterhin bestehen. Jeder Kampf gegen die Korruption ist von vornherein verloren, wenn der Kampf gegen dieses Phänomen als Zweck an sich aufgefasst wird. Die Albaner können sich vor diesem Übel nur dann sicher fühlen und wirklich nur dann, wenn wir wissen, wie wir die von mir erwähnten obigen Standards erreichen können.

Die Bewegung **Mjaft** unterstützt mit all ihren Kräften und Kapazitäten die Bemühungen jeder Regierung, die den Willen zum Kampf gegen die Korruption aufbringt. Aber die Bewegung **Mjaft** kann nicht unbeteiligt bleiben, wenn auf Grund einer Demagogie, die die Bürger zu „indoktrinieren“ beabsichtigt, es würde die Korruption bekämpft, die Respektierung des Gesetzes vergessen und die Verfassung mit Füßen getreten wird, Investitionen in die Wirtschaft vergessen und alle Versprechungen zur Verbesserung der Infrastruktur missachtet werden, das einheimische Gewerbe diskriminiert, ja sogar verfolgt wird. Das ist nicht mehr hinnehmbar.

AH: **Mjaft** hat als Bewegung ein sehr breit angelegtes Programm, das bei einfachen Problemen wie der Versorgung mit Strom und Wasser beginnt bis hin zu empfindlichen politischen Problemen. Mir scheint die Arbeit mit so vielen unterschiedlichen Interessen und Feldern sehr schwierig zu sein. Wie beurteilen sie die weitere Entwicklung von **Mjaft**? Wird **Mjaft** weiter eine unabhängige einheitliche Bewegung bleiben, wird sie sich in verschiedene Sektoren spalten oder sich in eine politische

Partei verwandeln? Wo planen Sie die zentralen Kampagnen von **Mjaft** in den künftigen Monaten, nennen Sie mir bitte einige Projekte, die Sie gerade vorbereiten.

Erion Veliaj: Alle Projekte, die wir gerade vorbereiten, zielen auf die Verteidigung der Interessen der Bürger ab. Wir setzen unsere Arbeit fort, indem wir grundsätzlich glauben, dass die Erziehung der Bürger zu einer aktiven Teilnahme an Beschlüssen genau das ist, was Albanien am meisten braucht. Wir haben einen klaren und sicherlich aktiven Terminkalender, detailliert bis zu Beginn des nächsten Jahres, aufgestellt, mit konkreten Aktivitäten, die vor allem auf Folgendes abzielen: Wir ermutigen, aber zwingen auch weiterhin die Machthaber dazu, sich vor einer Beschlussfassung anzuhören, was die einfachen Bürger dieses Landes dazu denken und glauben. Das ist die wichtigste Säule der Strategie von **Mjaft** für die nächsten Monate. Wir werden in diesem Bereich so lange weiterkämpfen, wie wir es für nötig halten.

AH: Herr Veliaj, wir danken Ihnen für dieses Interview.

Das Gespräch mit Erion Veliaj führte Jochen Blanken für die „AH“ anlässlich einer Veranstaltung in Hamburg am 12.07.2006.

Die Fotos stammen von der Website von „Mjaft“ (www.mjaft.org), die in albanischer und englischer Sprache einen vielfältigen Eindruck von den Aktivitäten der Bewegung gibt.



Neuerscheinungen

In dieser Rubrik sollen Veröffentlichungen angezeigt werden, für die keine ausführliche Besprechung im Rezensionsteil vorgesehen ist - Bücher ebenso wie interessante Zeitschriftenartikel, die sich mit Albanien oder albanischen Themen befassen. Um Missverständnisse zu vermeiden: Wenn eine Veröffentlichung angezeigt wird, bedeutet das weder eine Empfehlung noch, dass die Redaktion sich mit dem Inhalt identifiziert. Für Hinweise unserer Leser auf weitere Veröffentlichungen wären wir dankbar.

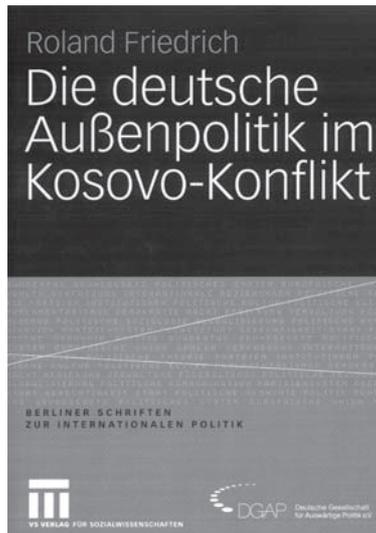
Evelyn Bytzek: Kosovo-krieg, Kriegsberichterstattung und die Popularität der deutschen Regierungsparteien und -politiker,
in: Medien & Kommunikationswissenschaft 53 (2005) Nr. 2-3, S. 369-388

Steffen Mensching: Als Solotänzer beim großen Opernball von Tirana,
in: Das Magazin. (Berlin). März 2006, S. 46-51

Bertram Scheufele: Mediale Legitimierung von Kriegen durch Rollen-Zuschreibung. Eine explorative Studie zur Berichterstattung deutscher Nachrichtenmagazine über den Kosovo-Krieg,
in: Medien & Kommunikationswissenschaft 53 (2005) Nr. 2-3, S. 352-268

Arben Tabaku: Organised crime in Albania: A detrimental force to its social and economic development,
in: South East Europe Review (SEER). 8 (2005) 4, S. 123-131

Ilia Telo: Reform of the state pension system in Albania,
in: South East Europe Review (SEER) 8 (2005) 4, S. 139-150



Roland Friedrich: Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt.

VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden 2005. Paperback 156 S. (= Berliner Schriften zur internationalen Politik). ISBN 3531143174.

Das Eingreifen der NATO in den Kosovo-Konflikt markierte einen der tiefsten Einschnitte der Nachkriegszeit sowohl für den Balkan als auch für Deutschland. Es fiel ziemlich genau mit der innenpolitischen Zäsur zusammen, als Helmut Kohl nach 16jähriger Amtszeit abgewählt wurde und mit der rot-grünen Koalition zwei Parteien die Regierung übernahmen, die mit der Friedensbewegung der frühen 80er Jahre eng verbunden waren.

Hieran knüpfen sich zahlreiche Fragen - Gab es eine wirkliche Entscheidungsfreiheit für die Bundesregierung, oder war die Eskalation in Kosovo so weit vorangeschritten, dass Milosevic und die Clinton-Administration völlig Herren des Verfahrens waren?

- Hätte eine knapp wieder gewählte CDU/CSU-FDP-Koalition Deutschland in einen militärischen Konflikt führen können, oder wäre sie dabei am den Widerstand einer breiten außerparlamentarischen pazifistischen Bewegung gescheitert, die die Unterstützung einer starken Opposition aus SPD, GRÜNEN und PDS gehabt hätte?

- Haben Gerhard Schröder und Joschka Fischer ihren Parteien in der Außen- und Militärpolitik einen völligen Paradigmenwechsel zugemutet, oder war eine deutsche Beteiligung an der militärischen Intervention mit der Logik rot-grüner Prinzipien vereinbar?
- Wurden die politische Veränderung in Berlin und ihre möglichen Konsequenzen in Belgrad verkannt, oder wurden die Entscheidungen Milosevics und seiner Umgebung unabhängig von den äußeren Rahmenbedingungen getroffen?

Friedrichs Studie kann sich natürlich nicht auf Archivalien stützen, aber neben der quantitativ reichhaltigen Sekundärliteratur (besonders der einseitigen Darstellung des Ex-Generals Loquai) konnte er Parlaments- und Regierungsmaterialien sowie Interviews mit Entscheidungsträgern (einige davon anonym) auswerten.

Der Autor bewertet die Politik des Außenministers Klaus Kinkel (allerdings unter dem Druck des Verteidigungsministers Volker Rühe) als wesentlich aktiver, als es seine folgenlosen „5 vor 12“-Ankündigungen der Öffentlichkeit vermittelten; Ziel sei eine weitgehende Autonomie innerhalb (Rest-)Jugoslawiens gewesen, eine Linie, an die sich auch die Schröder-Regierung hielt. Motivation war der ständig wachsende Flüchtlingsstrom nach Deutschland. Dennoch habe Berlin 1998 nach dem Drenica-Massaker eher den Druck auf den kosovarischen Präsidenten Rugova (dessen „Gandhi-Politik“ keinerlei Ergebnisse gezeitigt und so den politischen Raum für die UÇK geöffnet hatte) verschärft als auf Milosevic, während Joschka Fischer bereits im Juni 1998 eine militärische Intervention gefordert habe. Die Auseinandersetzungen, besonders um die Frage der Notwendigkeit eines expliziten UN-Mandats, wurden weniger zwischen Regierung und Opposition als innerhalb der Lager geführt.

Die Interventionsdrohung der NATO, mit der die schnell gescheiterte OSZE-Verifikationsmission durchgesetzt wurde, sei abhängig von Deutschlands Haltung gewesen, die zwischen

der abgewählten und der künftigen Koalition abgestimmt wurde.

Friedrich sieht einen überraschend radikalen Kurswechsel bei SPD und GRÜNEN, geht aber nicht auf die innerparteilichen Debatten um die Frage ein, was zu tun sei, wenn die Maximen „Nie wieder Krieg“ und „Nie wieder Völkermord“ in einen unauf lösbaren Widerspruch gerieten.

In der Eskalation über Verstöße gegen den Waffenstillstand über das Reçak-Massaker im Januar 1999 zu den Verhandlungen in Rambouillet habe Berlin Mühe gehabt, seinen Einfluss gegen Paris und London zu behaupten, die der neuen Regierung skeptisch gegenüberstanden. Es habe im Einvernehmen mit den anderen Westmächten für NATO-Truppen in Kosovo, aber gegen eine Unabhängigkeit der Provinz Stellung bezogen. Das taktisch geschickte Verhalten der Albaner und der „Realitätsverlust“ Milosevics machten den Beginn der Luftschläge am 23.3.1999 zur automatischen Konsequenz des Scheiterns der Verhandlungen. Sie blieben (trotz breiter Zustimmung im Parlament) innerhalb der GRÜNEN Partei heftig umstritten. Dies und die russische Haltung verfehlten ihre Wirkung auf die Bundesregierung nicht ganz, zumal Serbien nicht umgehend aufgrund der Luftschläge einknickte, und resultierte im sog. Fischer-Plan zur Beendigung der Kämpfe und der Entwicklung des Stabilitätspaktes. Deutschland profilierte sich als Krisenbewältiger, besonders nach der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad und bei der Stärkung des finnischen (also blockfreien) Präsidenten Ahtisaari als Chefunterhändler. Die erfolgreiche deutsche Diplomatie habe es ermöglicht, beim Aufbau der Kosovo-Verwaltung eine starke deutsche Position durchzusetzen.

Friedrich sieht die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gerade hinsichtlich ihrer parlamentarischen Absicherung noch immer im Umbruch. Diese interessante Studie ist sicher nicht das letzte Wort zum Thema; frühestens nach Öffnung der Archive werden die eingangs gestellten Fragen abschließend zu beantworten sein.

Michael Schmidt-Neke



Klio als Flakhelferin – Die albanische SS als letzter Trumpf im serbischen Propagandakrieg

Laurent Latruwe, Gordana Kostic: *La Division Skanderbeg. Histoire des Waffen-SS albanais. Des origines idéologiques aux débuts de la Guerre froide.*

Editions Godefroy de Bouillon. Paris 2004. Paperback 316 S., Fototafeln. ISBN 2841911721.

Nazi-Kollaboration in Europa

In jedem Land, das die Achsenmächten besetzten, fanden sie kollaborationswillige Kräfte, die z.T. aus Angehörigen der alten Eliten bestanden, die ihre Position behaupten wollten, z.T. aus Leuten, die hofften, durch eine Zusammenarbeit „das Schlimmste verhüten zu können“ (und daran regelmäßig scheiterten), aber eben auch überzeugte Faschisten und jugendliche Narren (einschließlich damaligen und künftigen Nobelpreisträgern), die die „Neuordnung Europas“ im nationalsozialistischen Sinne begeistert unterstützten. Eine besondere Rolle kam in der Schlussphase des II. Weltkriegs der Waffen-SS zu, die ihr Selbstverständnis eines germanischen Eliteordens durch das Konzept einer

gesamteuropäischen (aber auch asiatischen) antibolschewistischen Freiwilligen-Truppe ersetzte. Der Probelauf dafür war der Spanische Bürgerkrieg, in dem auf beiden Seiten Freiwillige aus nahezu allen Ländern Europas kämpften.

Dass es auch eine albanische Waffen-SS-Einheit (offiziell: 21. Waffen-Gebirgs-Division der SS Skanderbeg (albanische Nr. 1)) gab, ist nichts Neues. Die rein „technischen“ Details sind in zahlreichen Kompendien nachzulesen, denen es mitunter an der nötigen Distanz zum Forschungsgegenstand mangelt (Roland Kaltenecker: *Die Gebirgstruppe der Waffen-SS 1941-1945.* Wölfersheim 1994; Rolf Michaelis: *Die Gebirgsdivisionen der Waffen-SS.* Berlin 2. Aufl. 1998; Antonio J. Munoz: *Forgotten Legions. Obscure Combat Formations of the Waffen-SS.* o. O. 1991; Hans Werner Neulen: *An deutscher Seite.* München 1992).

In der albanischen Geschichtsschreibung hat das Thema bisher begrifflicherweise keine große Aufmerksamkeit gefunden. Von serbischer Seite aus schlug Pavle Dzeletovic Ivanov: *21. SS-Divizija Skenderbeg.* Belgrad 1987, den Bogen von der albanischen Nationalbewegung über die kosovarische Irredenta vor und nach dem Krieg zu Kollaboration und Terrorisierung der Serben und Juden.

Dubioser Hintergrund

Denselben Ansatz verfolgt, wie schon der Untertitel zeigt, die Studie von Latruwe und Kostic. Der Name ihres Verlags „Godefroy de Bouillon“ – eines Anführers des Ersten Kreuzzugs 1095-1100 - ist Programm: das dem Front National nahe stehende Unternehmen veröffentlicht nicht nur Schriften dieser Partei und ihrer Funktionäre, sondern auch zahlreiche Polemiken gegen den Islam aus französisch-nationalistischer Sicht.

Der Journalist Latruwe, ebenfalls ein FN-Mann, bewegt sich im Umkreis rechtsextremer Gruppen wie dem „Oeuvre Française“. Kostic bedient in ihren wenigen Publikationen die antiislamischen Ressentiments; sie sind von Alarmismus gegenüber dem Islam besonders auf dem Balkan geprägt.

Rekordverdächtige Fehler

Die Studie besteht aus 248 Seiten Text, wobei die Autoren erst auf S. 135 auf ihr eigentliches Thema zu sprechen können, 29 Seiten Anmerkungen mit einer völlig unsystematischen Mixtur aus Quellenangaben und Zusatzinformationen, 25 Seiten Quellen, Diagramme, Personenlisten und Kurzbiographien, 9 Seiten Bibliographie und 4 Seiten Zeittafel sowie 14 Fototafeln. Ein Register fehlt; Daten zu den Personen sind zwischen Haupttext, Anmerkungen und Anhang unauffindbar zerstreut.

Ein fehlerfreies wissenschaftliches Buch gibt es wahrscheinlich nicht, aber was hier sofort ins Auge sticht, ist eine kaum zu überbietende Zahl an sprachlichen und sachlichen Fehlern. Die Schreibung albanischer Namen (und mancher anderer) sind Kraut und Rüben: Bajram/Bayram Cyr (statt Bajram Curri), Guraçutci (statt Gurakuqi), Hlelo Halim (statt Halim Xhelo – albanische Vor- und Familiennamen können die Autoren nicht unterscheiden!), Carlo Ulmita (statt Umilta), Josef Göbbels (statt Joseph Goebbels), Xhehu/Xehu/Xehut (statt Shehu – es geht immerhin um den fast drei Jahrzehnte amtierenden Ministerpräsidenten!), Frigi/Friqi Dine (statt Fiqri Dine), Julian Emery (statt Amery), Reginal d’Hibbert (statt Reginald Hibbert), Gramsi (statt Gramsci), Kosyris (statt Koryzis), Plösti (statt Ploiesti), um nur einige zu nennen. Der Name des Großmuftis von Jerusalem, Hadschi Amin el-Husseini, erscheint auf zwei Seiten nebst Anmerkung (S. 136-137, 265) in nicht weniger als vier Varianten. Und „Jon Marco Joni“ wird als orthographische Variante zu „Mark Gjon Marku“ mitgeteilt (S. 118, 262).

Die fehlenden Sprachkenntnisse bedingen sachliche Fehlleistungen: Da wird behauptet, Kosova sei die türkische, Kosovë die albanische Namensform (S. 11). Der gegische Dialekt und die Großfamilie seien Erbe der Osmanen (S. 11). In den Ausführungen zur Liga von Prizren (S. 39) wird in der

Medrese von Prizren die Medrese bei der Moschee zum Präsidenten gewählt, weil die Autoren „Mederiz te Dzamije“ für einen Personennamen halten. Fan Noli, der Begründer der autokephalen orthodoxen Kirche Albaniens, sei ein katholischer Bischof, weil das besser zum Argumentationsduktus von der Zusammenarbeit der Katholiken mit den Muslimen gegen die orthodoxen Serben passt (S. 55/56). König Zogu, ein Stammesführer aus dem nordalbanischen Mati-Bezirk, sei Toske (Südalbaner) (S. 55) und muslimischer Polygamist, weil er die Tochter Shefqet Bej Vërlacis und die Gräfin Geraldine Apponyi geheiratet habe (S. 57) (tatsächlich ließ er die Verlobung mit Behije Vërlaci nach seiner Machtübernahme platzen).

Datierungen sind manchmal Glückssache: Die Ermordung Avni Rustemis wird auf 1923 datiert (statt 1924) (S. 55), und dass Hitlers Geburtstag am 21. April gefeiert wurde, entspricht auch nicht dem Forschungsstand (S. 211).

Der Dichter Naim Frashëri (1846-1900) habe 1908 den Alphabet-Kongress in Bitola-Manastir geleitet (S. 43), was ihm ebenso schwer gefallen sein dürfte wie Antonio „Gramsi“ (1891-1937) die Teilnahme an den Verhandlungen zwischen Kommunisten und Ballisten 1943. Noch größere Probleme wird Ceno Bej Kryeziu 1944 bei dem Versuch gehabt haben, an einer Besprechung des Balli Kombëtar mit britischen Geheimdienstleuten teilzunehmen (S. 141); Zogus Schwager und zeitweiliger Innenminister wurde schon 1927, vermutlich in Zogus Auftrag, ermordet.

Selbst über die etwas prominenteren unter den handelnden Personen besteht Unklarheit: Mehdi Bej Frashëri ist auf S. 54 ein Vetter des Balli-Chefs Midhat Bej Frashëri, auf S. 110 sein Vater; kein Wort fällt über seine politische Schlüsselrolle als Ministerpräsident einer Reformregierung unter Zogu. Mustafa Kruja, Ministerpräsident während der italienischen Besatzung, stamme aus einem

türkischen Stamm (S. 77). Der faschistische Bildungsminister Giuseppe Bottai sei 1941 von Mussolini zum Generalinspekteur der albanischen Irregulären berufen worden (S. 94), wobei nicht nur die Personalie unsinnig ist, sondern der ganze Titel.

Diese Auswahl aus der Strecke der geschossenen Böcke in diesem Buch genügt, um deutlich zu machen, wie unseriös es ist. Im Rahmen einer Rezension ist es nicht möglich, in die Archive zu steigen, um jedes Zitat zu überprüfen, aber es ist nicht ungerecht, wenn man annimmt, dass auch der Umgang mit den Quellen keiner Überprüfung standhielte.

Kosovo ist Serbien

Wenden wir uns nun dem Argumentationsduktus zu. Die Autoren bekennen sich zu einer serbozentrischen Sicht der Ereignisse. Im Mittelpunkt steht – trotz des gesamtalbanischen Themas – die Kosovo-Frage. Apodiktisch wird festgestellt, dass „Kosmet“ (das Kürzel für „Kosovo i Metohija“) die „authentische“ Bezeichnung der Region Kosovo sei (S. 249). Die Regionalgeschichte folgt dem bekannten Muster: Kosovo als alter serbischer Kulturraum, der von den Türken den Albanern geöffnet worden sei, deren extremistischer und mythischer Nationalismus sich bis heute immer wieder in unprovokierten Ausbrüchen rassistischer Gewalt gegen ihre Nachbarn, besonders die Serben, entlade (S. 11 ff.). Insbesondere die These der Abstammung der Albaner von den antiken Illyrern zeige die geistige Affinität der Albaner zum faschistischen Rassenwahn, da gerade unter den faschistischen Regimes wissenschaftlich versucht worden sei, unter den Auspizien des SS-Forschungsinstituts „Das Ahnenerbe“ die historische Rolle der Illyrer hoch zu schreiben (S. 42-43, 149-150). Die zitierten Arbeiten von Hans Krahe, Francesco Ribezzo und besonders Carl Schuchhardt sind aus heutiger Sicht wegen ihres ausufernden Illyrer-Begriffs z.T. überholt, aber keine einzige davon ist in einer Publikation des „Ahnenerbes“ erschienen.

Albaner und andere Islamisten

Die Albaner (allerdings auch ein Teil der Kosovo-Serben) seien nur allzu bereit gewesen, zum Islam überzutreten und sich so die Gunst der Osmanen zu sichern (S. 26-31); wie die Autoren allerdings darauf kommen, es hätten in der Mirdita im 15. Jahrhundert 200.000 Menschen gelebt (für 1900 werden nach Statistiken der Zeit nur ca. 20.000 Menschen angenommen!), von denen bereits nach zwei bis drei Generationen die Hälfte zum Islam konvertiert sei, entbehrt jeder Grundlage und wird auch nicht quellenmäßig belegt. Daher war – so die Autoren – ihre Nationalbewegung auch weitestgehend islamisch unterlegt und somit antieuropäisch. Das gelte besonders für die Liga von Prizren, in der die prowestliche Ausrichtung Abdyl Bej Frashëris gegen die des „Banditen“ Ali Bej Dragas unterlegen sei (S. 39-40). – Dass die Liga gemäß ihrer Gründungsurkunde („Kararname“) eine muslimische, keine ausschließlich albanische Ausrichtung hatte, entspricht den Tatsachen. Die Randfigur Ali Bej Draga ist für die Autoren wichtig, weil sie eine Familiengeschichte der antiserbischen Verschwörung über Alis Söhne Nexhip und Ferhat konstruieren; der Chef der Kosovarenpartei „Xhemijet“ habe schon unter österreichischer Besatzung die Serben terrorisiert (S. 52) und sich 1942 für die „Vernichtung“ der Kosovo-Serben eingesetzt (S. 96) – wenn das so ist, warum steht das wörtliche Zitat dann ohne Quellenbeleg?

Der Balli Kombëtar als Zentrum des Bösen

Großen Raum widmen Latruwe und Kostic bei der Behandlung der Zwischenkriegszeit der Aktivität von antizogistischen Emigrantenzirkeln, besonders in Paris, wobei sie aus Akten der dortigen Polizei schöpfen (S. 63 ff.). Dabei gelangen sie zu einer direkten Kontinuität von dem Zogu-feindlichen Jugendverband der frühen 20er Jahre „Bashkimi“ über die Exilgruppe „Bashkimi

Kombëtar“ zum „Balli Kombëtar“ (BK), dessen Gründung sie auf den Januar 1936 datieren. Damit treffen sie sich paradoxerweise mit der BK-nahen Geschichtsschreibung (am detailliertesten bei Tanush Frashëri: *Ali Këlcyra, aristokrati kuqezi*. Tirana 2005). Der BK selbst datiert seine Gründung auf den 31.8.1939, also wenige Monate nach dem Einmarsch der Italiener (Album Balli Kombëtar. Shkodër 2000). Andere sehen ihn organisatorisch erst ab dem Herbst 1942 als existent an (Bernd Jürgen Fischer: *Albania at War 1930-1945*. London 1999).

Die Bewertung des von Midhat Frashëri geführten BK, der den Anspruch hatte, die Anhänger einer liberalen Demokratie zum Widerstand gegen die Italiener zu organisieren, aber unter dem Druck der kommunistischen Partisanen zur militärischen wie politischen Kollaboration übergang, ist eines der strittigsten Probleme der albanischen Zeitgeschichte, zumal der BK nach 1991 als kleine Rechtspartei präsent ist. Für Latruwe und Kostic ist er die Synthese alles Bösen, dessen die albanische Nation fähig ist. Sie fokussieren den genozidalen Rassismus, den sie bei den Albanern feststellen, bei dieser Organisation, und stellen das Großalbanien-Programm, das die ethnische Säuberung Kosovos und der anderen von den Albanern beanspruchten Gebiete von allen Nicht-Albanern, wie es zwischen 1941 und 1944 realisiert worden sei, dem in der Schubladen gebliebenen Projekt Vaso Cubrilovics zur Vertreibung der Albaner gegenüber (S. 70-74).

Der BK und die sonstigen Kollaborateure der Achsenmächte seien in einem „Kosovo-Komitee“ miteinander vernetzt, das aus dem radikalen Flügel des verbotenen Xhemijeti und der Studentenorganisation „Besa“ entstanden sei, aber letztlich ein Abkömmling der Liga von Prizren sei. Dieses Komitee verfolgte nach einer französischen Quelle eine panislamische und kemalistische Politik – das wäre die Quadratur des Kreises. Die Liste seiner führenden Köpfe in den frühen 20er Jahren liest sich wie ein „Who is Who“ der albanischen Politik

(S. 53 ff.). Die politische Absicht des Buches wird erneut deutlich, wenn einem in den 90er Jahren in Frankreich entstandenen Kosovo-Solidaritätskomitee in einer Fußnote angelastet wird, sich nie von den „Verbrechen“ des (völlig anders gearteten) Kosovo-Komitees der 20er und 30er Jahre distanziert zu haben (S. 258).

Vom Balli Kombëtar zur Waffen-SS

Gehaltvoller wird die Darstellung mit der Beschreibung der Strukturen der Besatzung und der Kollaboration, die sich auf die Zweite Liga von Prizren, die auf Betreiben der deutschen Abwehr entstanden sei, als Speerspitze des Terrors gegen die Serben und zugleich als politischer Arm der Milizen und irregulären Verbände im Dienst der Deutschen konzentriert. Die faschistischen Milizen seien in Polizeitruppen umgewandelt worden, während die BK-Verbände, die Irregulären und die Mitglieder der Zweiten Liga als Rekrutierungsgrundstock für den Aufbau einer albanischen Waffen-SS gemäß einem Befehl von Himmler herangezogen werden, der wörtlich, aber wie so häufig ohne Quellenangabe zitiert wird (S. 142), stattdessen werden anbiedernde Briefe des Liga-Präsidenten Bedri Pejani in Übersetzung wiedergegeben, der Himmler 120-150.000 Kämpfer aus Kosovo in Aussicht stellt (S. 283-285). Das ist nicht erklärbar; wenn es tatsächlich einen Befehl des SS-Chefs gäbe, in der der BK – eine Widerstandsbewegung – als Basis für die Aufstellung eines SS-Verbandes genannt wird, wäre das der Supergau für das Image des Balli Kombëtar. Eine solche Quelle findet sich aber nirgendwo in der Literatur (die den Tatbestand der Kollaboration des BK mit den Deutschen durchweg bestätigt), weder bei Bernd Jürgen Fischer noch bei Bernhard Kühmel: *Deutschland und Albanien 1943-44*. Bochum 1981 (Dissertation, nur als Microfiche erschienen) noch in den oben genannten Darstellungen zur SS.

Aufgabe der erst im April/Mai 1944 aufgestellten Truppe war nicht

der Kampf gegen die Alliierten, sondern gegen die Partisanen. Latruwe und Kostic beschreiben detailliert die Einsätze gegen die jugoslawischen (nur am Rande die albanischen) Widerstandskämpfer (S. 157-177). Gestützt auf deutsche Quellen bescheinigen sie der Truppe völliges militärisches Versagen und Massendesertion: von gut 10.000 Freiwilligen seien nur 6.500 geeignet gewesen. Diese seien durch Albaner aufgestockt worden, die bisher in der 13. Waffen-Gebirgs-Division der SS „Handschar“ (kroatische Nr.1), einer muslimischen Einheit, Dienst taten, sowie natürlich durch deutsche SS-Männer und –Offiziere. 7.700 hatten sich bis Mitte Oktober abgesetzt, als die Wehrmacht sich auf den Abmarsch aus dem Balkan vorbereitete und die Kollaborationsverwaltung sich auflöste. Nur noch Reste der Truppe hätte 1945 nach mehreren Umorganisationen als „Kampfgruppe Skanderbeg“ an der Ostfront gestanden.

Der Hauptvorwurf lautet, die albanische SS habe zwar nicht gekämpft, aber Gräueltaten gegen Serben und Juden begangen. Das ist zweifellos richtig. Auch das von Latruwe und Kostic nur sehr selten zitierte Standardwerk von Noel Malcolm: Kosovo. A Short History. New York 1998, berichtet von der Deportation von 281 Juden aus Kosovo im Mai 1944 (dort S. 310). Der Furor der beiden Autoren veranlasst sie, die Tatsache zu bestreiten, dass in Altalbanien (also ohne Kosovo und Westmakedonien) bei Kriegsende ca. fünfmal so viele Juden lebten wie zuvor, und bei dieser Gelegenheit die serbischen Kollaborateure (die Nedic-Administration und Dimitrije Ljotics Zbor-Faschisten, die eine prodeutsche Miliz mit ca. 4.000 Mann aufstellten) von der Mitwirkung an der Vernichtung der serbischen Juden zu exkulpieren (S. 269).

Noch im Oktober 1944 sollen der prodeutsche Innenminister Xhafer Deva (ein Kosovare) und Frashëri zu SS-Sturmbannführern (entspricht einem Major) befördert worden sein (S. 188). Es bleibt

offen, welcher Frashëri zu dieser zweifelhaften Ehre kam (Mehdi, Midhat, Vehbi?); die Behauptung, es könne sich um den BK-Chef gehandelt haben, ist angesichts von dessen angelsächsischer Ausrichtung absurd und natürlich nicht durch eine Quellenangabe belegt.

Albaner immer Kollaborateure

Einen ernsthaften albanischen Widerstand leugnen die Autoren konsequent; in Kosovo hätten sich praktisch nur Serben den Partisanen angeschlossen. Auch die albanische Kommunistische Partei und ihre Partisanenbewegung seien nur mit Unterstützung Titos möglich gewesen (S. 219 ff.). Schlimmer noch: die Ballisten, die kurz vor Kriegsende zu den Tito-Truppen übergelaufen seien, hätten direkt danach die Waffen erneut herumgedreht und unter Führung Shaban Polluzhas gegen die neue staatliche Ordnung gekämpft. (Eine Liste dieser Ballisten-Führer (S. 300-302) ist wörtlich aus dem Buch von Dzeletovic Ivanov übernommen (dort S. 266-270); nur die Quellenangabe haben die Autoren wieder einmal „vergessen“.) Dazu hätten die Albaner aber umso weniger Grund gehabt, da Tito die Vertreibungen der Serben aus Kosovo keineswegs rückgängig gemacht habe, sondern im Gegenteil den Zuzug von 100.000 Albanern aus Albanien nach Kosovo erlaubt habe, wodurch sich die serbische Mehrheit, wie sie vor dem Krieg bestanden habe, endgültig in eine unterdrückte Minderheit verwandelt habe (S. 229-236). Diese immer wieder von serbischen Nationalisten vorgetragene Behauptung nannte schon Noel Malcolm „pure fantasy“ (dort S. 313); es gibt dafür keine Belege, und sie ist auch nicht mit der Bevölkerungsentwicklung Albaniens (das bei Kriegsende gerade die 1-Million-Marke übersprungen hatte) vereinbar. Der Kreis schließt sich mit einem kurzen Ausblick auf die albanische Emigration, die an ihren Zielen

mit Unterstützung des Westens festgehalten habe.

Geschichtswissenschaft und nationale Mentalitäten

Als Beitrag zur historischen Forschung ist das Buch nicht ernst zu nehmen. Fakten und Fiktionen mischen sich zu einem ungenießbaren Gebräu. Selbst da, wo die Erschließung von Quellen zu albanischen Emigration Interessantes hätte ergeben können, wird man das Buch nicht gefahrlos zitieren können. Die Polemiken gegen selbsternannte Historiker und Kosovo-Experten (z.B. S. 267) gehen ins Leere; Latruwe und Kostic laufen nach diesem Buch nicht Gefahr, als ernst zu nehmende Historiker angesehen zu werden. Es ist das Produkt jenes merkwürdigen Bündnisses zwischen europäischem Rechtsextremismus und dem „sozialistischen“ Milosevic-Regime, die in ihrem Hass auf den Westen und auf die Albaner vereint waren. Seine Quintessenz ist stattdessen ein schreckliches Beispiel zur Geschichte der balkanischen Selbstviktimsierung: „Wir“ (unser Volk, unsere Nation) ist im Verlauf der Geschichte immer das unschuldige Opfer, immer der Angegriffene „der Anderen“ gewesen, und die Welt sieht das nicht ein, sondern bestraft uns auch noch, zuletzt im Kosovo-Krieg. Das Buch ist mit anderen Worten eine der letzten Patronen in einem Propagandafeldzug um Kosovo, den die serbische Seite augenscheinlich bereits verloren hat.

Vor einem sollten gerade albanische Leser sich hüten: nicht allein die Serben sind zu einer solchen Eigenwahrnehmung fähig. Auch in zahllosen albanischen Publikationen herrscht dieses „Wir“ = Gut, „die Anderen“ = Böse noch immer vor. Die Fähigkeit, auch um die Opfer auf Seiten „der Anderen“ zu trauern, ist noch nicht weit verbreitet.

Dr. Michael Schmidt-Neke

Neuerscheinungen:



Ismail Kadare:
Der Nachfolger
Roman - 192 S.



Renate Ndarurinze:
Albanien entdecken
Reiseführer- 334 S.

Bestellen Sie Ihre Albanien-Bücher beim:

Literaturvertrieb der DAFG

Postfach 10 05 65
44705 Bochum

Tel: 0234 - 30 86 86

Fax: 0234 / 30 85 05

e-mail: litvertrieb@albanien-dafg

Gerne schicken wir Ihnen folgende Literaturlisten zu:

- Gesamtverzeichnis
- Aktuelle Information/ Zeitgeschehen
- Belletristik
- Kultur & Geschichte
- Sprachlehrbücher/
Wörterbücher
- Allgem. Landeskunde/Reisen
- Bildbände
- Antiquariatsliste

Oder gleich online bestellen:

**Riskieren Sie doch mal einen Blick in unseren Büchershop
im Internet:**

www.dafg-litvertrieb.de

Veranstaltungen der OG Hamburg

13.10.2006, 19 h - Raum 13

Referent: Andreas Thinius

Der Reisejournalist berichtet über
eine Radtour durch Albanien,
Kosova und Mazedonien

10.11.2006, 19 h - Raum 13

Bodo Gudjons, Vorsitzender der
DAFG, konfrontiert mit neuesten

Daten zur wirtschaftlichen
Entwicklung Albanien's"

08.12.2006, 19 h - Raum 13

gezeigt wird ein neuer "Albanischer
Spielfilm"

Den jeweils aktuellen Planungsstand
finden Sie auf: www.dafg.de

Deutsch-Albanisches Forum Dortmund

Nach einer etwas längere-
ren Unterbrechung wird das
Deutsch-Albanische Forum ab
diesem Herbst wieder mit ei-
nem regelmässigen Veranstal-
tungsprogramm aufwarten.

Termin wird jeweils der letzte
Donnerstag im Monat um
19.30 Uhr in den Räumen
der Auslandsgesellschaft Nor-
drhein-Westfalen, Steinstr. 48,
44137 Dortmund, sein .

28.09.2006 – 19.30 Uhr

Referent: Jochen Blanken,
stellv. Vorsitzender der DAFG,
Hamburg

Leben und arbeiten in Albanien –
7 Jahre Eindrücke und Entwicklun-
gen

26.10.2006 – 19.30 Uhr

Referent: Stephan Lipsius, Kassel

"Zwischen Statusverhandlungen,
Dezentralisierung und
innenpolitischen Machtkämpfen:
Kosovos mühsamer Weg zur Unab-
hängigkeit"

Nähere Informationen zu den Veran-
staltungen bei: Bodo Gudjons – Tel.:
0234 / 30 86 86 oder per E-Mail:
gudjons@albanien-dafg.de

Über Günter Grass – auf albanische Art

Sobald man die hitzigen Nachrichten um Günter Grass vernimmt, der nach 60 Jahren endlich seine Mitgliedschaft in den SS-Truppen im Jünglingsalter erklärte, beeindruckt einen die Lebhaftigkeit der Diskussionen, die sogar den Albanern zu Ohren kommt. Unwillkürlich denkt man an den Export von Ideen, die von Zeit zu Zeit in unser Land gelangen und letztendlich mit dem menschlichen Gewissen zu tun haben. Wir akzeptieren sogleich diesen medialen Beitel, diese Agonie, diese Rauschen, solange sie nur nicht unter uns entstanden sind. Schließlich ist dies ein Problem der großen Völker. Oder der großen Gewissen. Oder der großen Schriftsteller. Das Wort 'groß' beherrscht uns schon seit langem. „Du bist groß“, sagen wir auch auf der Strasse, einfach nur so, wenn wir eine Anekdote hören. Vielleicht fallen kleinen Völkern solche Gesten schwer. Aber die Angelegenheit Günter Grass ist keine Anekdote, so sehr sie uns auch an die Zeit erinnert, als auch wir selbst nur mit Ach und Krach im Schriftstellerverband eine Bibliothek besaßen, in der wir, wenn uns das Glück hold war, die Bücher dieses Schriftstellers in die Hand nehmen konnten. Das zeigt, dass eine Gesellschaft nach wie vor zu reden, sich auszudrücken hat und über ihre Missverständnisse und menschlichen Fehlern zu begreifen ist. Vielleicht ist diese Idee, die wir allmählich selbst reproduzieren, der seltenste Export der letzten Jahre. Die albanische Presse ist seit dutzenden Jahren voll von Memoiren und Erinnerungen jeglicher Art, überwiegend persönlichen, wo niemand davon lassen kann, eine Realität herzustellen, der unsere Gefühle und Reparaturen unserer Türme der Erinnerung, die mit unseren Vätern und Vorvätern zusammenhängen, gleichgültig sind, dass sich jedermann darauf stürzt, sie, gleich bei welchen historischen Schritten, in Schutz zu nehmen. Möglicherweise ist auch dies ein Wesenszug kleiner Völker, nicht von ihren persönlichen Ereignissen abzulassen, die sie eins mit der Geschichte werden lassen. Lass

sie reden, lass sie urteilen, lass sie später vielleicht auch entscheiden. Oft ist in Albanien über die Offenlegung der Dossiers gesprochen worden. Das scheint heute eine überholte Angelegenheit zu sein. Lasst sie rieseln, lasst sie fließen, lasst sie... Wer zum Schluss entscheiden wird, kann man nicht wissen. Das Gewissen eines kleinen Volkes trachtet danach, mühsam eine gewisse Einheit zu bewahren, zumindest in dieser großen Höflichkeit der Wertschätzung, die wir täglich gewohnt sind. Auch wir bringen täglich große Menschen hervor, selbst wenn sie uns verkauft haben, auch wenn sie mit den größten Kriminellen der Zeit zusammengearbeitet haben. Es genügt, sich täglich die Listen mit Namen anzusehen. Es ist wahr, dass es in Albanien Raum gibt für die geraubte Legitimierung von zehn- ja hunderttausender Menschen gibt, die angestürmt sind, wieder in Erscheinung zu treten, und gleichzeitig legitimieren sie so persönlich ganze Schichten, denen die grundlegenden Rechte verweigert worden sind. So wie die Gefahr der Legitimierung einer Schicht als nahezu hinnehmbar gilt, indem man die Rechte anderer Schichten leugnet. Diese gefühlsbetonte Haltung hat sämtliche bisherigen Formeln überwunden und überwindet sie weiterhin. Eine emotive Haltung, die von Zeit zu Zeit zur Vorherrschaft der Machtstrukturen geführt hat. Nun gut, schlussendlich hat die heutige Regierung die Grube von Sejdia¹ gefüllt, und verstehe, wer will, warum die frühere Regierung sie nicht füllen konnte. Niemand redet. Es gibt niemals Zeugen. Albanien hat sich immer im Dilemma vielfältiger gesellschaftlicher Operationen, großer Verwerfungen und dem anderen Weg nahezu natürlicher Veränderungen befunden wie im Falle des Wandels des kommunistischen Systems, der erst nach dem Tod Enver Hoxha deutlich sichtbar wurde. Fast selbstverständlich werden wir in die Mitgliedschaft in der Europäische Gemeinschaft erlangen, wenn nach und nach sämtliche Beteiligten

oder Zeugen unserer dramatischen Vergangenheit verblichen sind. Sind wir dazu fähig, kleine Operationen vom Typ "Günter Grass" und unseres Gewissens durchzuführen, oder hat die Zeit sie überholt? Nicht selten denken wir lachend an die fortlaufende Revision der Geschichte und den albanischen Relativismus, der kein einziges Prinzip in sich tragen möchte. Die, die heute Fehler machen, können ihre Freude über die Berichte der Fehler von gestern kaum verbergen, und die, die Fehler begangen haben, warten ungeduldig darauf, über die Fehler von heute zu hören. Historisch gesehen geht der Wettlauf zwischen den Fehlern und der Legalisierung unserer Fehler weiter. Mehr noch: je mehr Fehler, desto mehr Verdienste. Verrückte Leute, diese Schriftsteller wie Günther Grass. Offenbaren sich selbst. In einem Interview von Donald Hall mit Ezra Pound gegen Ende der 50er Jahre erfahren wir, wie zurückgezogen Ezra Pound nach der Isolation im amerikanischen Krankenhaus Sankt Elisabeth zu Ende des Zweiten Weltkriegs in Rom lebte, wo er einige Jahre als Wiedergutmachung für seine Sendungen während der Mussolini-Zeit verbrachte. In einer albanischen Welt, wo wenige Schriftstellernamen uns an unser menschliches Gewissen erinnern, müsste Günter Grass und eine wachsame und lebendige Öffentlichkeit hervortreten, die uns noch einmal in Erinnerung ruft, dass in der Welt Grammatiken des Gewissens existieren. Wir täten gut daran, auch diese zu exportieren.

Natasha Lako
Tirana

¹ In den frühen 90er Jahren von dem Spekulanten Sejdia ausgehobene Baugrube im Zentrum Tiranas hinter dem Kulturpalast. Wurde 2006 von der Regierung Berishas zumindest provisorisch beseitigt.

*Der Artikel ist mit freundlicher Genehmigung der Autorin der Zeitung „Shekulli“ vom 19.08.2006 entnommen worden
Übersetzung: Bodo Gudjons*

Jochen Blanken erhält die „Dankbarkeitsmedaille“

Der stellvertretende Vorsitzende unserer Gesellschaft Jochen Blanken, der 7 Jahre lang in Tirana das PARSH-Projekt geleitet hat, wurde in Würdigung seiner Arbeit und seines Engagements für die Förderung der Erwachsenenbildung in Albanien geehrt. Auf Vorschlag des Ministers für Arbeit, Soziales und Chancengleichheit sowie des Ministers für Bildung und Wissenschaft, verlieh der Präsident der Republik Albanien, Herr Alfred Moisiu Herrn Jochen Blanken die „Dankbarkeitsmedaille“.



In der am 25. Mai 2006 anlässlich der Verleihung dieser Medaille organisierten Zeremonie nahmen der Minister für Arbeit, Soziales und Chancengleichheit, der Minister für Bildung und Wissenschaft, hohe Amtsträger aus dem Bildungswesen sowie zahlreiche Mitarbeiter albanischer und internationaler Organisationen teil. In der Laudatio wurde u.a. hervorgehoben, dass Jochen Blanken während seiner Tätigkeit als Leiter von PARSH maßgeblich zur Profilierung dieses Projekts als einer Referenzorganisation auf dem Gebiet der Erwachsenenbildung in Albanien beigetragen hat.

Bitte schon jetzt notieren: Veranstaltung in Berlin

Am 7.09. 2006 gaben die Abgeordneten des Europaparlaments ihre Zustimmung für das bereits ratifizierte Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen der EU mit Albanien.

Damit ist ein weiterer Markpunkt auf dem langen Weg Albaniens in die EU zu verzeichnen, auf dem sicher noch eine ganze Reihe von Hindernissen zu überwinden sind..

Wie die Abgeordneten des Europäischen Parlaments hervorhoben, ist dieses Abkommen wichtig für die ganze Region und Albaniens weiteren Weg zu pluralistischer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und eröffne die Möglichkeit, in Zukunft verstärkte Anstrengungen bei der Verwirklichung entsprechender Standards einzufordern.

Die DAFG führt am 25.11.2006 in Zusammenarbeit mit dem Osteuropa-Zentrum Berlin eine Veranstaltung unter dem Titel „Albanien auf dem Weg in die EU“ durch, zu der als Hauptreferent der bekannte politische Analyst Mentor Nazarko eingeladen worden ist. Zwischenzeitlich hat Mentor Nazarko, der in Tirana auch Chefredakteur der politischen Wochenzeitschrift „ABC“ ist, sein Kommen zugesagt.

Ort: Berlin

**Berliner Rathaus (Eingang Jüdenstr.)
– Ferdinand-Friedensburg-Saal (Raum 338)
Zeit: 25.11.2006 – 14.00 – ca. 18.00 Uhr**

Weitere Einzelheiten zu dieser Veranstaltung sowie ein Faltblatt mit dem Detailprogramm können Sie bei der Geschäftsstelle der DAFG erfragen.

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Der Ruf Albaniens in der breiten Öffentlichkeit ist nicht der beste. Allzu oft wird er durch (teils kriminelle) Aktivitäten von gesellschaftlichen Randgruppen bestimmt, die so das Bild eines ganzen Volkes prägen. Die kulturellen Werte dieses kleinen Volkes sind viel zu wenig bekannt.

Unsere Gesellschaft verfolgt daher u.a. folgende Ziele:

- Förderung aller freundschaftlichen Bestrebungen zwischen dem deutschen und albanischen Volk;

- Entwicklung vielfältiger, gegenseitiger Beziehungen zwischen beiden Völkern auf allen Ebenen;

- in beiden Ländern umfassende Information über die Gegebenheiten des anderen Landes, deren jeweilige Geschichte, Gegenwart und Kultur;

- Durchführung von wissenschaftlichen und allgemeinbildenden Veranstaltungen;

- Förderung und Vertiefung gegenseitigen Verständnisses durch den Abbau von individuellen und gesellschaftlichen Vorurteilen;

- die Entwicklung menschlicher Beziehungen, bilateraler Begegnungen und Austauschmöglichkeiten auf allen Ebenen;

- Förderung und Verbreitung sowie Pflege der Kunst und Folklore des albanischen Volkes;

- Förderung von Organisationen in Albanien, welche das Ziel eines Austauschs mit Deutschland auf fachlichem oder kulturellem Gebiet verfolgen;

- Herausgabe und Verbreitung von Publikationen über und aus Albanien.

Mit jedem neuen Mitglied wachsen unsere Möglichkeiten, diese Zielsetzungen ein Stück weit mehr mit Leben zu erfüllen!

Werden auch Sie Mitglied in der DAFG!

Mitgliedschaft in der DAFG!

Der satzungsmäßige Beitrag von z.Z. 60,00 € jährlich schließt den Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE" ein.

Ein mit einem Vereinsmitglied zusammenlebendes Vereinsmitglied zahlt die Hälfte, jedes weitere Familienmitglied ein Viertel des satzungsmäßigen Beitrages (ohne Bezug der "ALBANISCHEN HEFTE")

Ja, ich möchte

- Mitglied
- Fördermitglied

in der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. werden, meine Mitgliedschaft soll beginnen

am.....

Ich zahle

- den regulären Beitrag (60,00 €) auf das Konto der DAFG (Kto.-Nr. 35981-206 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20)
- einen Förderbeitrag in Höhe von
- Ich beantrage Beitragsermäßigung

(bitte Begründung beifügen)

Abo der ALBANISCHEN HEFTE

Ich möchte

- die ALBANISCHEN HEFTE zum Preis von z.Z. 17,90 € p.a. (inkl. Versand) abonnieren.
- Ich füge einen Scheck über diese Summe bei.
- Ich habe die Summe auf das Literatur-Konto der DAFG (Kto.-Nr. 741577-202 bei der Postbank Hamburg BLZ 200 100 20) überwiesen.

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

ALBANISCHE HEFTE

Zeitschrift für Berichte, Analysen, Meinungen aus und über Albanien
ISSN 0930 - 1437

Die ALBANISCHEN HEFTE werden vom Vorstand der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft e.V. herausgegeben.

V.i.S.d.P.: Bodo Gudjons,
Friederikastr. 97
44789 Bochum

Redaktion:

Bodo Gudjons (verantwortlich), Bochum
Dr. Michael Schmidt-Neke, Kiel, Stephan Lipsius, Kassel

MitarbeiterInnen

dieser Ausgabe:
Jochen Blanken, Hamburg;
Natasha Lako, Tirana;

Gestaltungskonzept:

Thomas Schauerte, Dorsten

Satz + DTP:

Skanderbeg GmbH,
Bochum

Druck:

Hansadruk
Kiel

Vertrieb:

Skanderbeg GmbH,
Bochum

Abonnements:

DAFG-Literaturvertrieb
Postfach 10 05 65
44705 Bochum
Friederikastr. 97
44789 Bochum

Preise:

Einzelheft: 3,75 € zzgl. Porto -
Abonnement: 17,90 € (4 Ausgaben p.A. -jeweils zum Quartalsende - inkl. Porto)
Für Mitglieder der DAFG ist der Bezug der ALBANISCHEN HEFTE im Beitrag enthalten.

Redaktionsschluß

dieser Ausgabe:
08.09.2006

Kontakt zur DAFG

Büro der DAFG + Redaktion der ALBANISCHEN HEFTE

Friederikastr. 97 - 44789 Bochum
Postfach 10 05 65 - 44705 Bochum
Tel.: 0234 / 30 86 86
Fax: 0234 / 30 85 05
e-mail: dafg@albanien-dafg.de

Vorstand:

Bodo Gudjons, Vorsitzender
Postfach 10 22 04 ▲ 44722 Bochum
Friederikastr. 97 ▼ 44789 Bochum
Tel.: (0234) 30 86 86
Fax: (0234) 30 85 05
e-mail: gudjons@skanderbeg.de

Jochen Blanken, stv. Vorsitzender
z.Z. über
e-mail: jochenblanken@yahoo.de

Dr. Michael Schmidt-Neke, stv. Vors.
Goethestr. 3 ▲ 24116 Kiel
e-mail: schmidt-neke@gmx.net

Stephan Lipsius
Moselweg 57 ▲ 34131 Kassel
Tel.: (0561) 31 24 17
Fax: (0561) 31 24 16
e-mail: S.Lipsius@t-online.de

Wolfgang Pietrek, Kassierer
Am Talgraben 22 ▲ 46539 Dinslaken
Tel.: (02064) 8 21 60
Fax: (02064) 8 21 61
e-mail: rewo@cityweb.de

Dr. Kay Schlette
Griesstr. 86
20535 Hamburg
kaysch@hotmail.com

Xhevat Ukshini
Hochstr. 17 ▲ 45964 Gladbeck
e-mail: xh.ukshini@gmx.de

Ortsgruppen

Ortsgruppe Berlin

Postfach 30 34 27 ▲ 10728 Berlin
oder: c/o Günter Marx
Krumme Str. 32
10627 Berlin
Tel.: (030) 312 39 80

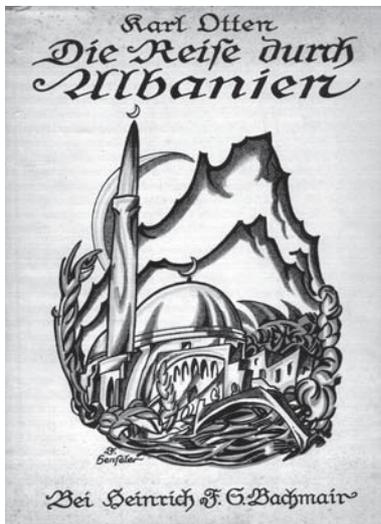
Ortsgruppe Hamburg

c/o Dietmar Kurzeja
Beim Schlump 86
20144 Hamburg

e-mail: dietmar.kurzeja@t-online.de

Kush ështe? Ku është? – Wer ist's? Wo ist's?

Er war's: Karl Otten



Er wurde 1889 in Oberkrüchten bei Aachen geboren und starb 1963 in Minusino bei Locarno. Er bereiste Albanien und veröffentlichte 1913 einen literarisch geprägten Bericht „Die Reise durch Albanien 1912“, der als wichtiges Zeugnis des literarischen Expressionismus gilt. Nach dem Studium verweigerte er 1914 den Kriegsdienst und wurde zu einer Haftstrafe verurteilt, musste anschließend aber dennoch als Arbeitssoldat dienen. 1918-1933 war er als Autor und Redakteur literarisch-politischer Zeitschriften („Die Aktion“). Er emigrierte 1933 nach Mallorca, musste aber 1936 vor den Putschisten nach Großbritannien fliehen; den Franco-Faschismus verarbeitete er in „Torquemadas Schatten“. Nach dem II. Weltkrieg lebte er in der Schweiz.

Heute gesucht: ein Toponym

Es ist seit der Antike bekannt, ist kein Dorf, keine Stadt und keine Landschaft und liegt in Albanien, was allerdings früher nicht so war; da machte sich im Laufe der Jahrhunderte ein Staat nach dem anderen breit. Die letzte dieser Mächte dokumentierte das sogar auf Briefmarken, obwohl dort mangels eigentlicher Wohnbevölkerung wenig Bedarf nach Postversand war. Auch die meisten erfahrenen Albanien-Reisenden sind dort noch nicht gewesen;

früher war es streng verboten, auch heute ist es nicht einfach – trotz hoch fliegenden Tourismus-Plänen. Der Ortsname kommt sogar manchmal als Vorname vor.

Einsendeschluss ist der 30.10.2006
Lösungen erbitten wir per e-mail

an redaktion.ah@albanien-dafg.de oder per Post.

Unter den richtigen Einsendungen wurde dieses Mal dieses Mal unser Leser Horst Gloger aus Bretten ausgelost, der in den nächsten Tagen Tagen ein kleines Buchpräsent erhält.

In Archiven gekramt...



Erich Andres: Kirchenfest in San Rock (Mittelalbanien) 1931



Erich Andres: Wache in den nordalbanischen Alpen 1931



Netzfischerei am Shkumbin